



JUNG+LIBERAL

Das
**MITGLIEDER-
MAGAZIN**
der Jungen
Liberalen

Die Zukunft der EU



WIR SUCHEN DICH!

Der Bundesverband der Jungen Liberalen e.V. sucht zum **nächstmöglichen Zeitpunkt** Verstärkung!

WER WIR SIND?

Wir Junge Liberale (JuLis) sind die liberale Jugendorganisation in Deutschland. Gemeinsam mit unseren 14.500 Mitgliedern wollen wir Politik und Zeitgeschehen nach den Prinzipien von Freiheit, Individualität, Eigenverantwortung und Toleranz mitgestalten. Als Jugendorganisation der FDP wollen wir Inhalte und Auftreten der liberalen Partei Deutschlands in kritisch-konstruktiver Weise prägen.

Dein regelmäßiger Arbeitsplatz ist die Bundesgeschäftsstelle der JuLis in Berlin, das Herzstück des Verbandes. Wir sind die überregionale Servicestelle der JuLis, Anfragen von Mitgliedern, Interessenten, Verbänden und Funktionsträgern aus Politik und Wirtschaft laufen bei uns zusammen. Als Backup des Bundesvorstandes unterstützen wir diesen bei der Planung und Durchführung von Veranstaltungen und Kongressen, sind Ansprechpartner für unsere Mitglieder und gleichzeitig für die Mitgliederverwaltung zuständig.

WIR SUCHEN

EIN ORGANISATIONSTALENT (40H/WOCHE)

EINEN ZAHLENMENSCHEN (20H/WOCHE)

DEINE REGELMÄSSIGEN TÄTIGKEITEN:

- Organisation, Konzipierung und Abrechnung unserer Bundeskongresse (innovative Kongresse mit bis zu 900 Teilnehmern, vielen Ausstellern und einem spannenden Rahmenprogramm)
- Organisation und Unterstützung bei der Durchführung von Bildungs- und Seminarveranstaltungen zu verschiedensten aktuellen politischen Themen in ganz Deutschland
- Organisation und Unterstützung bei der Durchführung von repräsentativen Veranstaltungen, wie dem Sommerfest
- Unterstützung des Bundesvorstandes und der Bundesgeschäftsstelle bei konkreten Projekten, z.B. Kampagnenpräsentation und Repräsentation der JuLis bei FDP-Bundesparteitagen

- Vorbereitende Buchführung
- Bearbeitung von Eingangs- und Ausgangsrechnungen, sowie Verbuchung
- Abrechnung von Fahrtkosten, Werbemitteln und IT-Systemen
- Unterstützung des Bundesvorstandes bei konkreten Projekten z.B. bei der Repräsentation der JuLis bei FDP-Bundesparteitagen
- Unterstützung bei der Organisation, Konzipierung & Abrechnung unserer Bundeskongresse (innovative Kongresse mit bis zu 900 Teilnehmern, vielen Ausstellern und einem spannenden Rahmenprogramm)

WELCHE QUALIFIKATIONEN SIND GEFRAGT?

- Kaufmännische Ausbildung (z.B. Veranstaltungs-/Bürokaufmann (m/w/d)) oder abgeschlossenes Studium. Alternativ: Berufserfahrungen im Bereich Organisation
- Sorgfältige und strukturierte Arbeitsweise, eigeninitiativ & im Team
- Motivation, liberale Politik gestalten zu wollen
- Führerschein Klasse B
- Gute Deutschkenntnisse in Wort und Schrift
- Geübter Umgang mit Word, Excel und Outlook
- Zuverlässiges Arbeiten und Bereitschaft, Dich schnell in neue Programme einzuarbeiten
- Freundliches Auftreten im Umgang mit Menschen

- Kaufmännische Ausbildung (z.B. Fachkraft Finanzen/Controlling, BWL (m/w/d)) oder abgeschlossenes Studium. Alternativ: Berufserfahrungen im Bereich Finanzen/Steuern/Controlling
- Sorgfältige und strukturierte Arbeitsweise, eigeninitiativ & im Team
- Motivation, liberale Politik gestalten zu wollen
- Gute Deutschkenntnisse in Wort und Schrift
- Geübter Umgang mit Word, Excel und Outlook
- Bereitschaft, Dich schnell in neue Programme einzuarbeiten, insb. DATEV
- Führerscheinklasse B ist wünschenswert

WAS BIETEN WIR?

- Ein spannendes Arbeitsumfeld im Herzen des politischen Berlins
- Flache Hierarchien in einem jungen Team
- Eine angemessene, leistungsgerechte Vergütung
- Einblick in die Arbeitswelt einer Jugendorganisation mit Regierungsverantwortung

- Vielseitige und anspruchsvolle Aufgaben
- Die Möglichkeit, eigene Ideen in unsere Prozesse einzubringen
- Einblick in andere Themenbereiche jungliberaler Politik und die Möglichkeit, Politik hautnah zu erleben

BIS WANN KANNST DU DICH BEWERBEN?

Du fühlst Dich angesprochen und möchtest Teil unseres Teams werden? Dann sende Deine Bewerbungsunterlagen unter Angabe des frühestmöglichen Einstellungstermins und Deiner Gehaltsvorstellung, sowie ein Motivationsschreiben elektronisch bis zum **10.03.2022** an repges@julis.de. Solltest Du Fragen haben, kannst Du Dich gerne an unseren Bundesgeschäftsführer Carsten Repges tel. 030-68078550 wenden.

Junge Liberale e.V., Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin - www.julis.de



LEONARD KERN-WAGNER (21) ist Chefredakteur der jung+liberal. Er studiert Sozialwissenschaften an der Uni Düsseldorf und ist bekennender Zeitungsjunkie. Lieblingsteile: Politik, Wirtschaft, Finanzen und die Rezeptseite. Du erreichst ihn unter kern-wagner@julis.de.

Liebe Julis,

vor annähernd 22 Jahren fragte die Europäische Union über 2500 Schulklassen -aus sämtlichen Mitgliedsstaaten- nach Vorschlägen für ein Europamotto. Unter den Tausenden Einsendungen setzte sich schließlich „In Vielfalt geeint“ durch. Ein Motto, das die Unterschiedlichkeit von Sprachen und Kulturen auf unserem Kontinent als wesentlichen Vorteil im gemeinsamen Streben nach Frieden und Wohlstand begreift.

„In Vielfalt geeint“ beschreibt gleichsam auch diese Ausgabe der jung+liberal im doppelten Sinne sehr gut. Zum einen, weil es in unserem ersten Heft 2022 um die Zukunft eben jener Europäischen Union gehen soll. Zum anderen, weil die Vielfalt an Themen, Perspektiven und Meinungen diese Ausgabe prägt und (meiner bescheidenen Meinung nach) besonders lesenswert macht.

Dank der starken Beiträge unserer 16 jungliberalen Autoren, sowie eines aufschlussreichen Interviews mit dem Regisseur Torsten Körner, beleuchten wir die Europäische Union von unten bis oben. So berichtet euch Lucas von regionaler Zusammenarbeit über Staatsgrenzen hinweg und Phil fordert Deutschland zu mehr außenpolitischer Verantwortung für Europa auf. Leana erklärt die Vorteile einer gemeinsamen EU-Staatsbürgerschaft, während Fabian und Daniel das Für und Wider eines europäischen Bundesstaates diskutieren und Jonas einen möglichen Pfad dorthin beschreibt. Jannik und Kerry beleuchten die Mängel europäischer Sicherheitspolitik und Torben erklärt,

was die EZB mit Marie-Antoinette gemein hat. Darüber hinaus widmen wir uns ausführlich der Rechtsstaatlichkeitsfrage rund um Ungarn und Polen, werfen einen Blick auf die kommende französische Präsidentschaftswahl und betrachten die Folgen des Brexits aus zwei verschiedenen Perspektiven. Wer dann genug zu Europa gelesen hat, findet hier außerdem eine Vorstellung unseres aktuellen Bundesvorstandes und Einblicke in die Landtagswahlkämpfe im Saarland, in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen. Kurz gesagt: In der jung+liberal steckt eine ganze Menge.

Wer dieses Mitgliedermagazin regelmäßig aus dem Briefkasten fischt, wird feststellen, dass wir uns in diesem Zusammenhang einen unkonventionellen Neujahrsvorsatz gesetzt haben: dicker werden. Um den Ideen unserer Autoren mehr Platz zu bieten, erscheint die j+L in diesem Jahr auf deutlich mehr Seiten pro Ausgabe. Eure Chancen einmal für uns zu schreiben, waren also nie größer. Wenn ihr euch vorstellen könnt, in Zukunft Beiträge zu verfassen, dann schreibt mir gerne an kern-wagner@julis.de. Ich kann euch dann in einen unverbindlichen Autorenverteiler aufnehmen. Darüber hinaus haben die Mitglieder des Verteilers die Möglichkeit, an den offenen Redaktionssitzungen vor jeder Ausgabe teilzunehmen und so die Magazingestaltung mitzuprägen. An dieser Stelle auch nochmal ‚Vielen Dank‘ an die Teilnehmer der offenen Redaktionssitzung zu diesem Heft. Damit genug der Vorrede. Ich wünsche euch nun viel Freude beim Lesen der jung+liberal und beim Nachdenken über die Zukunft der Europäischen Union. Denn Bundespräsident Theodor Heuss hatte 1949 recht, als er sagte: „Deutschland braucht Europa, aber Europa braucht auch Deutschland.“

Euer Leo

*
Der Stand aller Artikel, sofern nicht anders beschrieben, **ist Anfang/Mitte Februar.**

Interview



Seite 9

HELENA HERZIG: Interview mit Torsten Körner

Lesestücke



Seite 15

LUIS LAMBERT: Frankreich vor der Schicksalswahl



Seite 16

PHIL HACKEMANN: Deutschlands Verrat an der Ukraine – und Europa



Seite 18

STEFANIE UNBEHAUEN: Die letzte Generation Erasmus-Studenten



Seite 22

LUCAS VAN STEPHOUDT: Euregio - Zukunftsmotor der Europäischen Idee



Seite 23

TORBEN HUNSDÖRFER: Europas Marie Antoinette - Die Europäische Zentralbank



Seite 24

LEANA BARAC: Die Unionsbürgerschaft und ihr Potenzial



Seite 25

JONAS BÖHM: „Europa ist unsere Chance. Eine andere haben wir Deutsche nicht.“

Debattenarena



Seite 28-29

JANNIK JÜRSS UND KERRY HOPPE: Bedingt abwehrbereit - Wie fehlender Integrationswille die europäische Sicherheit gefährdet.



Seite 30

VINCENT OEHME: Die EU und der Brexit - Niedriglohnarbeit und die Versorgungskrise



Seite 34

SANDRA DROSSEL-BÜCK: Wenn Monty Python über die EU schreibt

Weiteres

Seite 3

Editorial

Seite 12-14

BUNDESVORSTAND: Der Bundesvorstand stellt sich vor

Seite 19-21

LANDESVERBÄNDE SAARLAND, SCHLESWIG-HOLSTEIN UND NORDRHEIN-WESTFALEN: Superwahljahr 2022 - Der Blick in die Länder

Seite 35

Impressum



Lesezeichen



Seite 34

SANDRA DROSSEL-BÜCK: Wenn Monty Python über die EU schreibt

WE STAND WITH UKRAINE!

Der 24.02.2022 hat die Welt verändert, in der wir leben. Er hat den Angriffskrieg nach Europa zurückgebracht, den Wert der NATO erneut unmissverständlich bewiesen, den russischen Präsidenten endgültig als Lügner und Kriegsverbrecher entlarvt und er hat Deutschland aus seiner außen- und sicherheitspolitischen Apathie gerissen. Diese Zeilen werden am fünften Tag des russischen Überfalls auf die Ukraine verfasst und bisher ist in Deutschland Bemerkenswertes passiert. Überall im Land solidarisieren sich große Demonstrationen mit der Ukraine; in Berlin waren es am Sonntag nach Kriegsbeginn laut Veranstalterangaben rund 500.000. Auch viele Julis waren an diesen Demonstrationen beteiligt, die Fotos findet ihr auf den nächsten Seiten. Die Bundesrepublik hat nach kurzem

Widerstand nahezu präzedenzlosen Wirtschaftssanktionen gegen Russland zugestimmt, einschließlich des Blockierens der Reserven der russischen Zentralbank und dem Ausschluss mehrerer russischer Banken aus dem internationalen Zahlungsnetzwerk SWIFT. Die ersten erkennbaren Folgen auf das russische Finanzsystem sind tiefgreifend. Die weiteren Auswirkungen der Sanktionen und etwaiger Gegensanktionen auf die Volkswirtschaften Russlands und des Westens kaum absehbar. Doch die bemerkenswerteste Entwicklung ereignete sich bei der Sondersitzung des Bundestages vom 27.02. Da applaudierten die Abgeordneten aller demokratischen Fraktionen stehend einer Erklärung des Bundeskanzlers, dass zukünftig das 2%-Ziel der NATO nicht nur erreicht, sondern übertroffen und ein Sondervermögen im Umfang

von 100 Mrd. € für die Bundeswehr aufgelegt wird. Die weitere nukleare Teilhabe Deutschlands ist genauso gesichert wie die Beschaffung bewaffneter Drohnen; die Lieferung deutscher Waffen an die Ukraine war bereits am Vortag bekannt geworden. Jeder dieser Punkte hätte in Vorkriegszeiten mindestens einer der vier Fraktionen nicht gepasst, manches stellt gar eine Zeitenwende deutscher Sicherheitspolitik dar. Die Geschlossenheit, mit der die demokratischen Abgeordneten diese richtigen Grundsatzentscheidungen auf den Weg gebracht haben, zeigt eine Stärke unserer Demokratie. Die Tatsache, dass es dafür erst eine Katastrophe dieses Ausmaßes bedurfte, eine ihrer Schwächen. Die entscheidende Botschaft ist aber klar und unmissverständlich: Deutschland übernimmt Verantwortung und das ist auch gut so.



TEXT: LEONARD KERN-WAGNER
Chefredakteur



TEXT (S. 8): MAXIMILIAN REITER
ist Beisitzer im Bundesvorstand und Doktorand der Mathematik

Solidaritätsdemos in ganz Deutschland



Brandenburg



Mecklenburg-Vorpommern



Berlin



Foto: Christina Turbatu



Bremen



Niedersachsen



Nordrhein-Westfalen



Hessen



Sachsen



Sachsen-Anhalt



Saarland



Bayern



Wie ihr der Ukraine jetzt helfen könnt

1. Lokal helfen

→ Informiere dich, ob es bei dir vor Ort Hilfsangebote gibt. In vielen Städten werden jetzt ehrenamtliche Helfer bei der Organisation benötigt. Außerdem kannst du lokal deine Sachspenden abgeben – z.B. beim Pilecki-Institut in Berlin – oder dort deine Aufnahmebereitschaft für Geflüchteten erklären. Besonders gesucht werden derzeit vor allem Kleidung, Powerbanks, Lebensmittelkonserven, Hand-/Kopflampen, Erste-Hilfe-Kästen und Campingkocher

2. Spenden für humanitäre Hilfe

→ **Vostok-SOS** ist eine ukrainische NGO, die bei der Evakuierung, humanitären Hilfe und psychosozialen Beratung unterstützt.
 → Die **UNO-Flüchtlingshilfe** leistet an allen Grenzübergängen humanitäre Hilfe.
 → Die **Caritas** unterstützt Flüchtlinge durch die Bereitstellung von Nahrungsmitteln, Schlafplätzen und seelsorgerischen Angeboten.
 → Auch darüber hinaus gibt es viele weitere humanitäre Hilfsangebote. Beispielhaft seien zusätzlich die **Ärzte ohne Grenzen, das Deutsche Rote Kreuz, die Malteser, die Johanniter, UNICEF, SOS Kinderdorf und das deutsche Medikamentenhilfswerk medeor** genannt.
 → Kommt meine Spende auch wirklich an? Der **Deutsche Spendenrat** bietet Zertifizierungen an, die eine geprüfte Qualität garantieren. Dabe handelt es sich um eine Interessenvertretung von spendensammelnden NGOs. Überprüfe ggf. bei den Spendenangeboten, die dich interessieren, ob ein solches Gütesiegel vorliegt. Bei XY etc ist das z.B. der Fall

3. Die ukrainische Armee unterstützen

→ Die **National Bank of Ukraine** hat ein Konto für Geldspenden an die ukrainischen Streitkräfte eröffnet.
 → **Return Alive Foundation** ist eine ukrainische NGO, die im Rahmen der Beschaffung von Technik mit den dortigen Streitkräften eng zusammenarbeitet. Sie spezialisiert sich u. a. auf Wärmebildkameras

und Nachtsichtgeräte.

→ Das **Projekt Razom Emergency Response** der ukrainisch-amerikanischen NGO **RazomForUkraine** stellt Medikamente und medizinisches Gerät, insbesondere für Gefechtsverletzungen, bereit.

4. Journalismus aus der Ukraine unterstützen

→ Das **Katapult-Magazin** hat ein Spendenkonto für Journalisten und Medien in der Ukraine eingerichtet.
 → Folgt seriösen ukrainischen Journalisten und Medien auf Twitter und verhelte ihnen zu mehr Reichweite. Wie wäre es z. B. mit @KyivIndependent, @KyivPost oder @ukrainer?

5. Aus der Ukraine Geflüchtete bei sich aufnehmen:

→ Um effektiv private Übernachtungsplätze für Geflüchtete anzubieten, eignet sich die **Initiative #unterkunft** von elinor, der GLS Bank, Ecosia und betterplace.org.
 → Informiere dich außerdem nach **lokalen Hilfesuchen**

6. Keine Desinformation verbreiten und über Desinformation aufklären:

→ Teil der russischen Kriegsführung ist eine groß angelegte Propagandastrategie, welche die Ukraine als Aggressor darstellt und ihr weitreichende Menschenrechtsverletzungen unterstellt. Deswegen ist es wichtig, dass du Informationen über den von Putin angezettelten Krieg erst überprüfst, bevor du diese teilst. Somit stellst du sicher, dass auch du dich nicht aus Versehen an dieser Dynamik beteiligst.
 → Solltest du in deinem Bekanntenkreis Menschen haben, die ausschließlich russische Staatsmedien konsumieren, dann musst du davon ausgehen, dass sie Putins Krieg auf Basis von Lügen wahrnehmen. Sprich mit ihnen darüber, was in der Ukraine passiert ist und passiert, und darüber, wie man sich über andere Medienquellen informieren kann.
 → Geh auf Twitter und in anderen

sozialen Medien gegen verbreitete Desinformation vor! Melde Desinformation und schreibe Gegendarstellung in die Kommentare. Das erschwert es staatlichen Propagandainstrumenten Russlands Desinformation zu verbreiten.

7. Solidarität im Netz

→ In ihrem Streben nach territorialer Integrität hilft es vielen Ukrainern, dass sie sich internationaler Unterstützung und Solidarität sicher sein können. Zeig deshalb auch du online die ukrainische Flagge und solidarisiere dich mit der ukrainischen Bevölkerung. Außerdem kannst du online auf Hilfsangebote, z.B. die hier aufgeführten, aufmerksam machen.

8. Die richtige Politik belohnen

→ Der politische Umschwung in Deutschland im Rahmen von Putins Krieg zeigt auch den großen Einfluss, den die Bevölkerung gegenüber der Politik geltend machen kann. Zeige den Politikern, denen du folgst oder die aus deinem Wahlkreis sind aber auch, dass diese Zeitenwende richtig ist. Schreibe eine Bürgermail an eine oder einen Abgeordneten deiner Wahl, in der du erläuterst, dass du die gemeinsame europäische Linie bei den Sanktionen und auch die Stärkung der Sicherheits- und Außenp

9. Russische Finanzwerte verkaufen ;)

→ Russische Finanzwerte befinden sich schon aufgrund der äußerst effektiven Sanktionen auf Talfahrt. Je stärker die russische Wirtschaft auf Tauchgang geht, desto größer wird der Druck auf Putin und seine Verbündeten. Mit der Macht des freien Marktes - indem du (vermutlich bald sowieso wertlose) Assets unter Marktpreis verkaufst - schickst du Putin höchstpersönlich in die nächste Krise.

10. → Du hast eigene Kontakte in die Ukraine, nach Polen, Ungarn, Rumänien oder in die Slowakei? Frag nach, ob deine Bekannten Hilfe benötigen!

Interview mit Torsten Körner

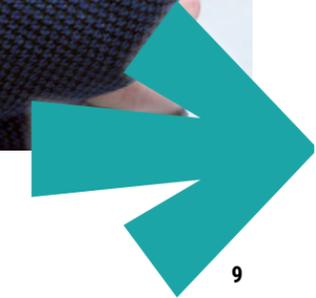
Regisseur der Dokumentation „Angela Merkel – Im Lauf der Zeit“



Hallo Herr Körner, vielen Dank, dass Sie sich die Zeit nehmen. Mit Ihrem Film „Die Unerwartete“ haben Sie bereits 2016 ein namhaftes Porträt von

Angela Merkel und ihrem politischen Werdegang veröffentlicht. Welche neuen Seiten greift Ihr aktueller Dokumentarfilm über die ehemalige Bundeskanzlerin auf?

Der Film „Die Unerwartete“ war 2015 stark auf die Flüchtlingsfrage fokussiert. Unser neuer Film nimmt die gesamte Biographie Merkels in den Blick und schlägt mit der Klimafrage und der Corona-Politik zwei neue Kapitel auf. Überdies wird das Thema „Zeit“ als politische Ressource selbst zum Gegenstand der Erzählung.





“In Interviews lässt Angela Merkel nur sehr sparsam einen Blick in ihr Privatleben zu. Die öffentliche Politikerin ist sehr kontrolliert, sachlich, trocken, unpathetisch, die private Person ist impulsiver, humorvoller und spottlustiger.”

In Ihren gemeinsamen Interviews hat Angela Merkel nicht nur als Politikerin mit Ihnen gesprochen, sondern auch private Momente und Einblicke in ihr Leben zugelassen. Wie würden Sie ihre Persönlichkeit beschreiben? Wie ist der Charakter der Frau beschaffen, die 16 Jahre lang unser Land angeführt hat und einige Jahre als mächtigste Frau der Welt galt?

In Interviews lässt Angela Merkel nur sehr sparsam einen Blick in ihr Privatleben zu. Die öffentliche Politikerin ist sehr kontrolliert, sachlich, trocken, unpathetisch, die private Person ist impulsiver, humorvoller und spottlustiger. Obwohl sie privat ganz andere Gesichter hat - ich verlasse mich da auf das Urteil von Menschen, die sie gut kennen - wirkt sie nie wie eine Persönlichkeit, die in zwei Hälften zerfällt oder nicht authentisch ist. Merkel ist „sturmfest und erdverwachsen“, wie das ein Niedersachse wohl sagen würde und sie kann im Privatleben unglaublich gut regenerieren.

Angela Merkels politische Entscheidungen waren weitreichend. Ihre Haltung in der Flüchtlingskrise 2015 stellte die Einheit der Europäischen Union bis heute vor eine große Herausforderung, da nicht alle Mitgliedstaaten ihrer dezidiert offenen Einwanderungspolitik folgten. Ihren Kurs verteidigte Sie dabei mit dem „humanitären Imperativ“. Würden Sie sagen, das war eine Gewissenshaltung, die auch auf der deutschen Geschichte und ihrem Aufwachsen in der DDR beruht?

Angela Merkel hat realisiert, dass uns das Dublin-Abkommen Schutzsuchende lange vom „Hals gehalten hat“. Es war Zeit, Europa etwas zurückzugeben, auch wenn Europa das in Teilen nicht verstanden hat. In der Flüchtlingsfrage war Europa bereits gespalten, auch vor 2015. Angela Merkels unmittelbare

Entscheidung im September 2015 war von einer humanitären Haltung geprägt, aber in den Wochen danach sprachen rechtliche, normative und politische Gründe dagegen, die Grenzen zu schließen, wie von manchen gefordert. Hätte Deutschland die Grenzen geschlossen, hätte das zu einem Chaos in Ost- und Südeuropa geführt und Europas ohnehin stark beschädigten Wertekatalog vollends zerstört. Merkels Überlegungen in diesem Zusammenhang kann man nicht auf ihre Herkunft, auf ihr christliches Elternhaus reduzieren, das wäre naiv. Letztlich war es eine durchaus kühle Abwägung von Interessen unter Berücksichtigung normativer Vorgaben, die sich aus dem Grundgesetz, dem Völkerrecht und europäischem Recht ergeben.

Verbündete und Gegner würdigen Merkels starke Nerven und ihr enormes Durchhaltevermögen. In der EU gilt Deutschland als verlässlicher Partner – würden Sie sagen, das ist Merkels Verdienst?

Merkel war eine zusammenhaltende Macht, weil sie in unablässiger Marathon-Diplomatie als große Vermittlerin agiert hat, zwischen größeren und kleineren Staaten, zwischen größeren und kleineren Egos. Sie hat Deutschlands Führungsanspruch nie offensiv herausgestellt, sondern diesen durch kontrollierten Dauerdienst erst erreicht. Sie hat Deutschland zur berechenbaren Größe gemacht und damit Verlässlichkeit signalisiert. Merkel hat als überzeugte Multilaterale Deutschlands Ansehen in Europa und der Welt sicherlich gefördert, sie war ja auch eine ganz und gar zivile, unkriegsgerische und nicht martialische Führungspersönlichkeit, das kann vor dem Hintergrund unserer Geschichte kein Fehler gewesen sein.

Die ehemalige Bundeskanzlerin hatte innenpolitisch sowie auf europäischer und internationaler Bühne die Fähigkeit, auch in Krisensituationen Kompromisse zwischen

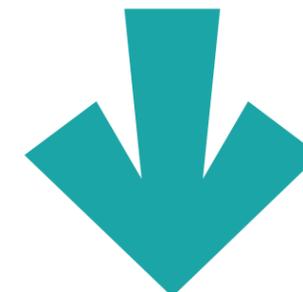
verschiedenen Parteien auszuloten und sie in der Sache zu vereinen. Vermuten Sie, dass wir als Europa diese Stärke in der Zukunft vermissen werden?

Es bleibt abzuwarten, ob die Bundesrepublik mit der Ampel-Koalition unberechenbarer wird. Eine instabile Bundesregierung mit drei Partnern, die außenpolitisch in verschiedene Richtungen blinken, würde zum Problem. Merkel wird in Europa sicher vermisst, andererseits bietet ihr Abgang Frankreich oder Italien auch mehr Chancen, sich selbst zu positionieren und Führungsansprüche zu etablieren. Und auch die osteuropäischen Länder werden Spielräume neu ausloten wollen.

Der Ratspräsident Charles Michel verkündete auf dem letzten EU-Gipfel mit der deutschen Bundeskanzlerin, dass ein Gipfel ohne Merkel wie „Rom ohne den Vatikan oder Paris ohne den Eiffelturm“ sei. Was wird Ihrer Ansicht nach ohne Angela Merkel in der EU fehlen?

Merkel wird fehlen, eine dialogische Langstreckenläuferin wird fehlen, eine Politikerin mit starken Nerven wird fehlen und eine Anwältin, die deutsche und europäische Interessen gleichermaßen wahrgenommen hat. Vielleicht wird jetzt noch offener, dass Europa in der neuen Weltordnung seinen Platz noch nicht gefunden hat. Europa ist - im Weltkonzert - ein dissonantes Ensemble, in vielen Fragen, vom Klimawandel, Verteidigung bis zur Flüchtlingspolitik uneins und unfähig, seine Machtmöglichkeiten zu realisieren. Die Gefahr besteht, dass aus der europäischen Polyphonie, die ja eigentlich unsere Stärke sein sollte, eine Kakophonie wird, ein kleinliches Gezänk um Sonderwünsche und partikuläre Wege. Merkel war eine Europäerin der kleinen Schritte und keine der großen Fanfare. Vielleicht wird Europa nach ihr ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten, man wird sehen.

Biografie



Torsten Körner ist am 21. September 1965 in Oldenburg geboren.

Ab 1989 studierte er Theaterwissenschaft und Germanistik in Berlin, zunächst an der Freien Universität, dann auch an der Technischen Universität, wo er 2000 mit einer Arbeit über den Schauspieler Heinz Rühmann promovierte. Während des Studiums sammelte er erste journalistische Erfahrungen, schrieb Hörspiel- und Fernsehkritiken und arbeitete nebenbei ehrenamtlich mit Häftlingen und Senioren. Seit 2000 lebt Körner als freier Autor und Publizist in Berlin. Er schreibt – neben einigen anderen Büchern – Biographien über Götz George, Franz Beckenbauer, Heinz Rühmann und die Familie von Willy Brandt. Seit 2000 ist er regelmäßig in Jurys des Grimme-Preises, des Deutschen Fernsehpreises, des Hessischen Fernsehpreises oder des Robert-Geisendörfer-Preises vertreten. Von 2010 bis 2011 war er Juryvorsitzender des Deutschen Radiopreises, von 2013 bis 2015 Juryvorsitzender beim Fernsehfilmfestival in Baden-Baden. Körner schreibt regelmäßig für die Medienfachdienste „epd medien“ und „Medienkorrespondenz“, den „Tagespiegel“ und den Deutschlandfunk. Für seine fernsehkritischen Beiträge bekam er 2009 den Bert-Donnepp-Preis, den Preis für Deutsche Medienpublizistik, verliehen. Mit dem Film Angela Merkel – Die Unerwartete (ARD 2016) legte der Biograf Körner das erste Mal ein Fernsehporträt vor. Es folgten Filme über die Flüchtlingskrise (3 Tage im September, ARTE/MDR 2017, nominiert

für den Deutschen Fernsehpreis), über den letzten Republikgeburtstag der DDR (Palast der Gespenster, ARTE/MDR 2019) sowie ein Porträt über Altkanzler Gerhard Schröder (Gerhard Schröder – Schläge die Trommel, ARTE/MDR 2020). 2021 realisierte er den Dokumentarfilm Schwarze Adler über rassistische Erfahrungen Schwarzer Fußballnationalspieler und -spielerinnen (Amazon Prime/ZDF, Deutscher Fernsehpreis für Beste Dokumentation/Reportage). Sein Kinofilm Die Unbeugsamen über Politikerinnen der Bonner Republik wurde zum erfolgreichsten deutschen Dokumentarfilm des Jahres 2021.

Körners neuestes Werk „Angela Merkel – Im Lauf der Zeit“, zeichnet eines der persönlichsten Porträts der ehemaligen Bundeskanzlerin. Neben Angela Merkel selbst kommen exklusiv internationale Gesprächspartner wie Barack Obama, Theresa May, Christine Lagarde und weitere prominente Wegbegleiter zu Wort – zu sehen am 22. Februar 2022 um 20.15 Uhr bei ARTE und am 27. Februar 2022 um 21.45 Uhr im Ersten sowie jeweils zwei Tage vorab in den Mediatheken.



DAS INTERVIEW FÜHRTE:

HELENA HERZIG (22)

kommt aus Ludwigsburg in Baden-Württemberg und ist ausgebildete Industriekauffrau für internationales Wirtschaftsmanagement. Nach zwei

Jahren in Vollzeitbeschäftigung in der Produktionsorganisation eines Automobilherstellers, beginnt sie zum Sommersemester 2022 ihr Studium des Wirtschaftsingenieurwesens – International Management. Helena ist seit dem Frühjahr 2020 Mitglied bei den Jungen Liberalen und engagiert sich seither in ihrer Heimat im Kreis- und Bezirksvorstand. Außerdem ist sie Mitglied im Internationalen Komitee und übernimmt als stellv. Leiterin der Region Westeuropa sowie als International Communications Officer der Jungen Liberalen Verantwortung für internationale Projekte. Darüber hinaus ist sie Delegierte für unseren europäischen Dachverband LYMEC. Ihr erreicht sie unter helena@julis.de

Der neue Bundesvorstand

Auf dem letzten Bundeskongress (BuKo) haben wir einen neuen Bundesvorstand gewählt. Hier stellt er sich vor. Mal mit Worten, mal ohne sie.



Deine Aufgabe im Bundesvorstand?



Marco Preissinger

- Bundesschatzmeister
- Information Security Manager

Wann fühlst du dich so richtig frei?

Im Urlaub mit einem Cuba Libre in der Hand, unter dem Sonnenschirm und dem iPhone im Flugmodus.

Dein Wunschministerium?

Ein Ministerium für digitale Transformation. Nur so können wir die digitale Transformation von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft zum Nutzen aller Menschen in unserem Land schnell, effizient und konsistent gestalten. Gerade als Manager für Informationssicherheit ist mir das ein Herzensanliegen.

Welche Ziele hast du dir für diese Amtsperiode gesetzt?

Das Engagement sollte nicht am Geld scheitern, deswegen möchte ich unsere Bildungsangebote noch niederschwelliger gestalten. Das heißt auch, spannende Veranstaltungs- und Partizipationsformate für Gruppen zu entwickeln, welche bei uns noch zu wenig repräsentiert sind. Darüber hinaus möchte ich finanzielle Freiräume schaffen und als Ermöglicher statt Bremser Projekte wie die Modernisierung des Mitgliederverwaltungssystem voranbringen. Genauso wichtig ist mir zusätzlich den Austausch mit anderen Organisationen voranzutreiben und Brücken zu bauen.

Deine Aufgabe im Bundesvorstand?



Nemir Ali

- Stellv. Bundesvorsitzender für Programmatik
- Jurist

Wann fühlst du dich so richtig frei?

Richtig frei fühle ich mich, wenn ich mit leerer To-Do-Liste durch die Welt reise, ohne zu wissen, wo ich am Abend übernachte.

Dein Wunschministerium?

Das Auswärtige Amt. Dann erfahren Wladimir Putin und Xi Jinping endlich, wie sich richtige Sanktionen anfühlen.

Welche Ziele hast du dir für diese Amtsperiode gesetzt?

Die Ideen und Konzepte, für die Junge Liberale seit Jahren kämpfen – Abschaffung von § 219a StGB, Aktienrente, Legalisierung von Cannabis usw. – müssen im Bundestag beschlossen werden. Gleichzeitig müssen wir schon jetzt unsere Beschlusslage mit Blick auf die nächsten Wahlen erneuern



Deine Aufgabe im Bundesvorstand?



Franziska Brandmann

- Bundesvorsitzende
- Doktorandin

Wann fühlst du dich so richtig frei?

Wenn ich die JuLis im Bundesvorstand der FDP vertrete und dabei nicht von Fraktions- oder Regierungszwängen abhängig, sondern einzig und allein den Überzeugungen der JuLis verpflichtet bin.

Dein Wunschministerium?

Ich habe kein Wunschministerium, dafür aber viele Wünsche an viele Ministerien.

Welche Ziele hast du dir für diese Amtsperiode gesetzt?

Die JuLis sind so groß wie nie. Ich möchte den Verband so weiterentwickeln, dass unsere Mitglieder sich wohlfühlen und einbringen können. Außerdem trägt die FDP nun Regierungsverantwortung. Es ist Aufgabe der JuLis, dafür zu sorgen, dass sie es sich in dieser Rolle nicht zu bequem macht. Wir müssen der FDP weiter innovative Forderungen zumuten – Zumuten kommt nämlich von Mut!



Deine Aufgabe im Bundesvorstand?

Marc Bauer

- Beisitzer • Volljurist und Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Wann fühlst du dich so richtig frei?

Im Urlaub: Reisefreiheit zu besitzen, Distanzen zu überwinden, neue Orte zu erkunden und einfach die Zeit genießen zu können jenseits vom Alltagsstress.

Dein Wunschministerium?

Bundesministerium der Justiz

Welche Ziele hast du dir für diese Amtsperiode gesetzt?

Inhaltliche Begleitung der Regierungsarbeit, programmatische Innovation in Bereichen mit bislang weniger detaillierten jungliberalen Forderungen, Verbandskultur weiterentwickeln.

Ombudsperson: Robert Teuber

- Ingenieur

Wann fühlst du dich so richtig frei?

Immer dann, wenn ich mir oder anderen voll vertrauen kann. Und, wenn ich Hürden nehme, die ich für mich für kaum überwindbar hielt.

Dein Wunschministerium?

Aktuell reizt es mich überhaupt nicht, in einem Ministerium zu arbeiten oder gar Minister zu sein. Aber wenn, dann vielleicht ein eigenständiges Energieministerium – ohne Kohle, aber mit Kernenergie.

Welche Ziele hast du dir für diese Amtsperiode gesetzt?

Ich möchte ein Stück dazu beitragen, dass bei den JuLis der Gedanke der sozialen Verantwortung füreinander eine feste Säule der Verbandsidentität wird. Sprich: dass JuLis gerne füreinander da sind, sich gegenseitig Vorbilder sind und voneinander fürs Leben lernen.

Deine Aufgabe im Bundesvorstand?



Julius Graack

- Beisitzer • Student der VWL und Philosophie

Wann fühlst du dich so richtig frei?

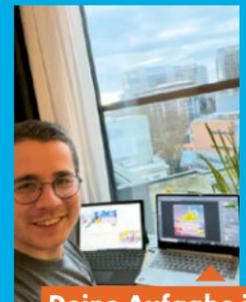
Wenn ich beim Reisen eine Landesgrenze überquere, bei lautem Mitsingen meiner Lieblingslieder und bei Deep Talks mit meiner WG in Göttingen.

Dein Wunschministerium?

Außen- oder Finanzministerium.

Welche Ziele hast du dir für diese Amtsperiode gesetzt?

Unser Social Media Game stärken & weiterentwickeln, den Look der JuLis updaten und Twitch erobern.



Deine Aufgabe im Bundesvorstand?

Constantin Borges

- Stellv. Bundesvorsitzender für Organisation
- Bankkaufmann, Betriebswirt B.Sc., Masterstudent Wirtschaftspädagogik

Wann fühlst du dich so richtig frei?

Ich fühle mich so richtig frei, wenn ich mit meinem Oldtimer Trecker über die niederrheinischen Landstraßen und Feldwege fahre und mir eine milde Brise ins Gesicht weht.

Dein Wunschministerium?

Ich würde gerne das Finanzministerium übernehmen und die Rasenmähermethode konsequent bei Subventionen anwenden. Danach würde ich die

bereits angehäuften Schulden tilgen.

Welche Ziele hast du dir für diese Amtsperiode gesetzt?

Ich hoffe in dieser Wahlperiode wieder viele coole Veranstaltungen umsetzen zu können und neue Seminare, wie z.B. ein Sommercamp mit Zelten und vielen sportlichen Aktivitäten zu organisieren. Natürlich dürfen zwei wunderbare BuKos nicht fehlen.



Deine Aufgabe im Bundesvorstand?



Felix Kibellus

- Beisitzer
- IT-Consultant

Wann fühlst du dich so richtig frei?

Mit einem kühlen Bier & meinen Freunden, wenn wir die Corona-Pandemie und alle Maßnahmen endlich hinter uns gelassen haben.

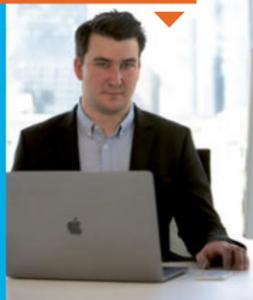
Dein Wunschministerium?

Raumfahrtministerium

Welche Ziele hast du dir für diese Amtsperiode gesetzt?

Ein neues Mitgliederverwaltungssystem & eine vollständig vernetzte digitale Mitgliederinfrastruktur.

Deine Aufgabe im Bundesvorstand?



Tobias Weiskopf

- Beisitzer • Student der Wirtschaftspädagogik

Wann fühlst du dich so richtig frei?

Beim Klettern in den Bergen.

Dein Wunschministerium?

Bundesministerium für Digitales und Verkehr

Welche Ziele hast du dir für diese Amtsperiode gesetzt?

JuLis Lokalhelden ausbauen – Vernetzung kommunaler Mandatsträger mit regelmäßigen Get-togethers fördern und bundesweite Antragsinitiativen auf den Weg bringen. Modernisierung des Verbands – Neugestalten der Homepage, Update für die Mitgliederverwaltung & neue Veranstaltungsformate. Streaming Welt ausbauen und regelmäßige Live-Formate durchführen.



Deine Aufgabe im Bundesvorstand?

Deine Aufgabe im Bundesvorstand?



Alice Schmidt

- International Officer
- Doktorandin

Wann fühlst du dich so richtig frei?

Im Urlaub an Tagen ohne Verpflichtungen

Dein Wunschministerium?

Überraschung: Auswärtiges Amt

Welche Ziele hast du dir für diese Amtsperiode gesetzt?

International Officer im Präsidium der FDP. Einführung von Demokratie und Menschenrechten in China/Russland und der ganzen Welt. :-)



Deine Aufgabe im Bundesvorstand?

Paavo Czwikla

- Stellv. Bundesvorsitzender für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Student der Philosophie

Wann fühlst du dich so richtig frei?

Ich fühle mich frei, wenn ich neben dem Studium meines Herzensfachs Zeit habe, um mich politisch zu engagieren (die Reihenfolge variiert). Diese Selbstbestimmtheit ist ein großes Privileg und ich engagiere mich auch, damit dieses möglichst vielen Menschen zuteilwerden kann.

Dein Wunschministerium?

Ich glaube, für einen Liberalen ist das Innenministerium extrem spannend. Meine Antwort als Harry-Potter-Fan wäre natürlich eine andere.

Welche Ziele hast du dir für diese Amtsperiode gesetzt?

Ich möchte die JuLis nach außen noch sichtbarer machen und als Marke stärker etablieren. Dafür können wir auch intern noch enger zusammenarbeiten.



Deine Aufgabe im Bundesvorstand?

Maximilian Ritter

- Beisitzer
- Doktorand der Mathematik

Wann fühlst du dich so richtig frei?

Ich fühle mich im alltäglichen Leben meistens frei. Das ist mir auch wahnsinnig wichtig, denn Freiheit ist für mich kein Wochenendgefühl, sondern sie sollte mich täglich begleiten. Am Ende des Tages bin ich Herr meiner eigenen Entscheidungen inklusive aller damit verbundenen Konsequenzen. Das macht Freiheit nicht immer angenehm, aber erst in Kombination mit Verantwortung wird sie so wertvoll.

Dein Wunschministerium?

Bundesministerium für Bildung und Forschung

Welche Ziele hast du dir für diese Amtsperiode gesetzt?

JuLi-Inhalte in die Regierungsarbeit einbringen.



In der Geschichte der Menschheit gab es vermutlich selten eine gewaltigere Entwicklung der Freundschaft, Verbundenheit und Zusammenarbeit zweier Staaten wie die von Frankreich und Deutschland. Keinem Land stehen wir näher. Von zwei sich bekriegenden Staaten sind die beiden Nationen zu engen Partnern geworden. Zahlreiche Verträge verbinden sie mittlerweile miteinander, wie beispielsweise der Élysée-Vertrag, der erst 2019 in Aachen erneuert wurde oder einst die Gründung der EU-Vorgängerorganisation EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft). Wenn Deutschland und Frankreich einer Meinung waren und dasselbe Ziel verfolgten, dann hat dies immer zum Erfolg geführt.

Die Franzosen könnten am 10. April vor einer 180° Wendung stehen und wir sollten auf das, was auf uns zukommen könnte, gefasst machen. Macron hat seine erneute Kandidatur für seine Partei „La République en Marche“ noch nicht bekannt gegeben und wird dies, solange es geht, aus taktischen Gründen nach hinten verschieben. Er wäre der angenehmste Präsident für die EU und das Kabinett um Scholz. Eine ungünstigere Variante wäre der Rechtspopulist Éric Zemmour, der für die Partei „Reconquête“ ins Rennen um die Präsidentschaftswahlen geht. Der Parteiname heißt übersetzt so viel wie „die Rückeroberung“, womit die Zurückeroberung des alten Frankreichs ohne Migration gemeint ist. Für die konservative Partei „Les Républicains“ wird Valérie Pécresse antreten. Die wohl bekannteste Kandidatin neben Macron wird die rechtsextreme Marine Le Pen sein, die bereits 2017 antrat und dort über 21 % erzielt hat. In aktuellen Umfragen kommt sie dem amtierenden Präsidenten sehr nahe. Der Wahlkampf hat bereits begonnen und die ersten Positionen der Parteien sind klar.

Frankreich und Deutschland bilden zusammen den Motor der EU. Aber nicht nur auf europäischer Ebene stehen sie sich nahe, auch die bilateralen Beziehungen der beiden Staaten sind eng miteinander verbunden, wie beispielsweise durch zahlreiche Erasmus-Programme, gemeinsame Forschungsprojekte oder auch die Deutsch-Französische

Frankreich vor der Schicksalswahl

Viele Probleme. Diese könnten uns ab dem 10. April erwarten, wenn in Frankreich die Präsidentschaftswahl stattfindet. Die Wahl wird über den Weg in die Zukunft unserer Nachbarn entscheiden und auch für uns ist sie wegweisend. Probleme in der Migration oder in der internationalen Zusammenarbeit könnten auf uns zukommen. Könnte es noch schlimmer kommen? Wie wahrscheinlich ist ein Austritt Frankreichs aus der EU?

sche Parlamentarische Versammlung. Es gibt kaum einen wichtigeren Wirtschaftspartner für den jeweils anderen Staat. Das beweist, wie groß die Zusammenarbeit ist. Es zeigt aber auch, wie abhängig wir voneinander sind. In welchen Bereichen könnten also Probleme auf uns zukommen?

Nullmigration. Das ist die knallharte Forderung von Éric Zemmour und könnte zu großen Unstimmigkeiten innerhalb der EU führen, wenn das größte Land neben Deutschland auf einmal eine so harte Linie fahren würde. Zumal in Zeiten steigender Zahlen von Asylanträgen. Der radikale Kurs Zemmours würde auch in anderen Bereichen große Probleme verursachen und hätte großes Konfliktpotenzial innerhalb der EU. Auch von Marine Le Pen würden ähnliche Probleme ausgehen. Sie möchte französische Werte sichern und die Sicherheit im Land gewährleisten, indem sie nationale Grenzkontrollen wiederherstellt und die Migration stark eindämmt. Dass Le Pen kritisch gegenüber der EU ist, ist seit ihrer Austrittsforderung bei der Wahl 2017 kein Geheimnis mehr. Bei dieser Wahl wirkt

sie milder und zeigt sich tendenziell pro Europa. Dass sie aber im Zweifel, anstatt die gemeinsame Lösung zu finden, den nationalen Weg vorziehen würde, ist wahrscheinlich. Auch Zemmour kritisiert die EU heftig und strebt zudem einen NATO-Austritt an. Es lässt sich schwer abschätzen, welche Folgen für die europäische Wirtschaft und den Euro die Wahl einer der rechten Parteien hätte. Es steht aber fest, dass viel von dem auf dem Spiel steht, was die EU und im speziellen Deutschland und Frankreich zusammen in der Vergangenheit aufgebaut haben.

Einen verlässlichen Partner wie Frankreich in krisenreichen Zeiten zu verlieren, wäre für die deutsche Politik und die gesamte EU ein gewaltiges Problem. Wie eine Wand, die schier nicht zu überwinden scheint. Jetzt ist ein starkes Europa gefragt, das gemeinsam agiert. Wir als Deutsche, Liberale und überzeugte Europäer sollten Frankreich nicht aus dem Blick verlieren und auf alles vorbereitet sein.



TEXT: LUIS LAMBERT (17) macht gerade sein Abitur in Bamberg. Ihn interessiert vor allem die Außenpolitik, weil er überzeugt ist, dass sich viele Probleme

unserer Zeit nur global lösen ließen und keinen nationalen Alleingang erlaubten. Aus diesem Grund strebt er den Beruf des Botschafters an. Ihr erreicht ihn unter luis.lambert@web.de.

„Die Franzosen könnten am 10. April vor einer 180° Wendung stehen und wir sollten auf das, was auf uns zu kommen könnte, gefasst machen“

DEUTSCHLANDS VERRAT AN DER UKRAINE - UND EUROPA

In den letzten Monaten hat Wladimir Putin schwere Truppen in einer Größenordnung an der ukrainischen Grenze zusammengezogen, die etwa der gesamten deutschen Bundeswehr entspricht. Es scheint, dass er nicht weniger als einen Eroberungskrieg gegen Westen vorbereitet. Doch dieser Westen versinkt derweil wieder einmal in gefährlicher Uneinigkeit, Ignoranz und Beschwichtigung. Wie konnte es so weit kommen?

In Europa herrscht wieder Krieg. Und zwar nicht erst seit jetzt, sondern schon seit 2014, als Russland auf der Krim und im Donbass in die Ukraine einmarschierte, weil diese sich frei dafür entschieden hatte, ihre eigenen Wege zu gehen. Doch zuletzt hat Putin den Konflikt in nie da gewesener Weise weiter eskaliert: Am 24. Februar hat er eine großangelegte Invasion der Ukraine eingeleitet, treibt tausende Menschen in die Flucht und hat bereits hunderte getötet. Dabei träumt er in beängstigender Großmachtsromantik offen von der Wiederherstellung alter russischer Größe – ein Territorium, das nicht nur die gesamte Ukraine, sondern auch das Baltikum, sowie Teile Polens, Moldaus und Finnlands umfasste. Es scheint, dass er nicht weniger als einen Eroberungskrieg gegen Westen vorbereitet. Wie konnte es so weit kommen?

Weil Putin ja offenbar selbst gerne historische Vorwände nutzt, zunächst ein kurzer geschichtlicher Rückblick: Im 20. Jahrhundert litt die Ukraine wie kaum ein anderes Land unter fremder Barbarei: Stalin beging mit dem Holodomor einen Völkermord an der Zivilbevölkerung. Deutsche Truppen ermor-

deten, etwa im Massaker von Babyn Jar, Millionen Ukrainer. Eine historische Schuld, die bis heute schwer wiegt.

Als die Sowjetunion 1991 zusammenbrach, wurde die Ukraine endlich wieder unabhängig. Im Budapester Memorandum sicherte Russland ihr daraufhin 1994 die uneingeschränkte Souveränität sowie territoriale Integrität zu und verpflichtete sich, jeglichen militärischen und ökonomischen Druck ihr gegenüber zu unterlassen. Und übrigens stimmte Moskau in der NATO-Russland-Grundakte auch explizit der NATO-Osterweiterung zu. Im Vertrauen auf diese Versprechen gab die Ukraine all ihre Atomwaffen auf – eine folgenschwere Entscheidung.

Schon im Jahr 2004 wurde dies deutlich: Als die Ukrainer den pro-westlichen Wiktor Juschtschenko zum Präsidenten wählten, versuchte Russland dies durch einen Giftanschlag auf ihn, sowie massive Wahlmanipulationen zu verhindern. Dies scheiterte nur am beherzten Widerstand des Volkes in der Orangen Revolution. Im selben Jahr bekannte Putin öffentlich, der Untergang der Sowjetunion sei „die größte geopolitische Katastrophe des Jahrhunderts“ und machte schon damals keinen Hehl daraus, die in die Freiheit entlassenen Staaten zurückerobern



TEXT: PHIL HACKEMANN (26) war von 2016-18 Stv. JuLis-Bundesvorsitzender für Programmatik und kandidierte 2019 auf Listenplatz 11 der FDP zur Europawahl. Derzeit ist er Stv. Bezirksvorsitzender der FDP Oberbayern, Mitglied im Landesvorstand der FDP Bayern und Vorsitzender des Landesfachausschusses für Außen- und Europapolitik. Daneben promoviert er an der LMU München zu europäischer Politik und arbeitet als freier Redakteur. Zuvor studierte er in Friedrichshafen und an der London School of Economics Politik- und Wirtschaftswissenschaften. Ihr erreicht ihn unter hackemann@julis.de.

Landes gewaltsam ab. Der Westen reagierte quasi gar nicht. Für Putin ein Signal, dass Waffengewalt offenbar ohne Konsequenz bleibt.

2014 ging das ukrainische Volk dann beim Euromaidan erneut auf die Straße, nachdem Putin den damaligen Präsidenten Janukowitsch durch Bestechung, Drohungen, Sanktionen und Propaganda dazu gebracht hatte, ein geplantes Partnerschaftsabkommen mit der EU nicht zu unterzeichnen. Die Menschen protestierten für eine engere Anbindung an Europa und gegen die korrupte, pro-russische Elite. Als Antwort darauf begann Putin einen Krieg gegen die Ukraine, der in den letzten Jahren tausende Todesopfer forderte.

Zwar konnte sich der Westen diesmal zu verhaltenen Sanktionen durchringen, doch wirklich konsequente Gegenmaßnahmen blieben auch hier aus. So wurde etwa – trotz des Protests unserer europäischen Partner – weiter an der Ostsee-Gaspipeline Nordstream-2 gebaut, mit der Putin die Ukraine als Transitland umgehen will; und insbesondere Deutschland bemühte sich hinter den Kulissen eifrig, dass dies auch so blieb.

Wenn man freundlich sein will, könnte man die Rolle Deutschlands hierbei als „naiv“ bezeichnen; ich hingegen nenne sie illoyal, korrupt und kurzsichtig. Unsere Geschichte sollte uns gelehrt haben, nicht achselzuckend wegzusehen, wenn Länder mitten in Europa ihre Nachbarn militärisch attackieren. Doch statt ihnen zur Hilfe zu eilen, wie es derzeit etwa ausgerechnet Großbritannien tut (und sich damit solidarischer und europäischer verhält als wir), hörte man aus Berlin lange Zeit nur dröhnendes Schweigen und Beschwichtigungen. Der SPD-Generalsekretär Kühnert behauptete dort gar, dass jene, die sich solidarisch mit der Ukraine zeigen, einen Konflikt nur „herbeireden“ wollen – und CSU-Ministerpräsident Söder lehnt in vorausweisendem Gehorsam jegliche Sanktionen bedingungslos ab (von den Linken und der AfD als fünfte Kolonne Russlands ganz zu schweigen). Bestärkt darin werden sie natürlich von Russland-Lobbyisten wie Altkanzler Schröder; mittlerweile Aufsichtsratsvorsitzender der russischen Staatskonzerne Rosneft und Nordstream. Das ist nur noch eines: Erbärmlich.

Als Ausrede für dieses Wegducken wird dann mantraartig behauptet, dass internationale Konflikte „nur mit diplomatischen Mitteln gelöst werden“ könnten – eine Lebenslüge der deutschen Außenpolitik. Denn Diplomatie kann nur dann wirksam funktionieren, wenn sie auch von glaubhaften Drohungen untermauert wird. Leute wie Putin verstehen nur die Sprache der Macht. Wären

Länder wie Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien oder Ungarn nicht rechtzeitig unter den nuklearen Schutzschirm der NATO geschlüpft, stünden russische Truppen wahrscheinlich schon heute wieder vor der deutschen Grenze. Daher sollten wir nun auch schleunigst Georgien, Moldau, Finnland und Schweden die NATO-Mitgliedschaft anbieten, damit ihnen nicht dasselbe widerfährt wie der Ukraine – deren Beitritt ausgerechnet Deutschland 2008 noch aus Rücksichtnahme auf Russland verhindert hat. Hätten wir sie dagegen damals aufgenommen, läge sie wohl heute nicht in Schutt und Asche. Nun zeigt sich, zu was dieses Appeasement geführt hat. Eine Lehre, die wir eigentlich spätestens seit dem Münchner Abkommen 1938 verinnerlicht haben sollten.

Deutschland muss sich daher nun endlich aus seiner verhängnisvollen Naivität befreien und unmissverständlich deutlich machen: Wir akzeptieren nicht, wenn in Europa Grenzen mit Waffengewalt verschoben und souveräne Länder angegriffen werden! Es bräuchte daher jetzt nicht nur leere Worte, sondern eine Solidarität mit der Ukraine, die sich auch an Taten messen lässt. Es ist zwar begrüßenswert, dass der Westen geschlossenen Sanktionen verhängt hat. Aber die reichen bei Weitem nicht: Es braucht härteste Sanktionen gegen Russland, die es wirklich treffen. Dazu gehört selbstverständlich ein Ausschluss aus dem SWIFT-System, aber auch eine komplette Handelssperre, die Ausweisung von Oligarchensöhnen aus Europa, die Beschlagnahmung ihrer Villen und Yachten uvm. Ja, das wird viel Geld kosten, aber noch viel mehr wird es kosten, wenn wir jetzt nicht entschlossen handeln.

Und wir müssen jetzt aus dem Dornröschenschlaf bei unserer eigenen Verteidigungsfähigkeit aufwachen: Heißt, deutliche Aufstockung des Verteidigungsbudgets, dauerhafte Stationierung von NATO-Truppen im Baltikum, sowie endlich eine echte EU-Außen- und Verteidigungspolitik mit einer Europäischen Armee, die ihren Namen verdient.

Wenn wir hingegen jetzt nicht hart und entschieden reagieren, wird der Angriff auf die Ukraine nur der Anfang eines noch viel größeren Eroberungsfeldzugs von Putin gewesen sein. Wir müssen uns klarmachen: Der Kalte Krieg ist längst wieder da. Und in Wahrheit ist es sogar bereits ein heißer.

Der Stand dieses Artikels ist der
25. Februar 2022

Die letzte Generation Erasmus-Studienten

Das Ende des kosmopolitischen Studiums in London?

Mit dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU fällt London aus dem Erasmus-Programm. Die finanziellen Hürden für deutsche Studierende, hier ein Auslandssemester zu absolvieren, steigen. Wird der Traum vom Studium in der Hauptstadt Englands nur noch einer kleinen elitären Gruppe zu Eigen? Zwei deutsche Studierende geben Einblick in ihr Londoner Studienleben.

Maughan Library, London. Tausende von Büchern, eng aneinandergereiht, befüllen die Regalwände auf drei Stockwerken. Die weltbekannte Bücherei ist Bestandteil des King's College. Matthias Wirtz absolviert hier sein Masterstudium. Der 23-Jährige hat seine Festanstellung in einer Berliner Social Media-Agentur aufgenommen, um seinen Traum von einem Studium in Großbritannien zu realisieren. In Deutschland hat er BWL mit Schwerpunkt Marketing an der LMU München studiert. Für den Master „Sustainable Cities“ ist er nach London gezogen. Eine Erasmusförderung hätte er für den gesamten Studiengang ohnehin nicht erhalten. Doch durch den Brexit muss er ganze 23.000€ statt 13.000 € für seinen Master zahlen. Die Differenz von 10.000€ aufzubringen, ist für Studierende eigentlich nur durch einen Kredit oder die Unterstützung der Eltern zu realisieren.

Erasmus ist das Förderprogramm der Europäischen Union, das vor drei Jahrzehnten ins Leben gerufen wurde. Studierende erhalten hiermit die Mög-



lichkeit, einen mehrmonatigen Auslandsaufenthalt an einer Universität innerhalb der EU zu verbringen. Dabei werden sie sowohl finanziell als auch ideell unterstützt.

Das Ende des Erasmus-Programms hat direkte Folgen auf die Verteilung der Studierenden in London. „Früher kam, laut unserer Dozenten, rund ein Drittel des Kurses aus der EU. Heute sind es nur noch vier von 50,“ sagt Wirtz.

Bia Brandt gehört der letzten Generation Erasmus an. Sie hat sich für die Kingston University entschieden. Hier belegt die 22-Jährige, die in Deutschland Umweltingenieurwissenschaften im siebten Semester studiert, vier Fächer, eines davon „Contours of Global Capitalism“.

„Ich wusste schon immer, dass ich in London studieren will,“ sagt Brandt, die für die Dauer eines Trimesters, das von September bis Dezember geht, hier lebt. Gerne würde sie um ein weiteres Trimester verlängern, doch im Januar 2022 lief die Erasmus-Förderung endgültig aus. Dabei deckt die finanzielle Unterstützung aus 450 € nur rund die Hälfte ihrer Lebenshaltungskosten. Die 800 € teure Wohnung

und die Ausgaben für Versicherungen und Flüge nicht inkludiert.

Das Ende der Erasmus-Förderung ist eine Folge des Brexit, dessen Abstimmung alles andere als eindeutig war. Lediglich 51,9 % der Briten waren dafür. Diejenigen, die sich für einen Austritt aus der EU ausgesprochen haben, waren zum Großteil alt und auf dem Land lebend. Ausbaden muss das Ergebnis eine andere Gruppe: Jung und urban.

„Ich fühle mich wohl an der Uni. Die Profs scheinen uns Deutsche zu mögen,“ betont Brandt. In allen Fächern komme es häufig zu Fallbeispielen aus Deutschland, bei denen die Dozenten einen gerne ansprechen. Auch bei anderen Themen werde nach der deutschen Perspektive gefragt. „In meinen ersten Wochen hier, zur Zeit der Bundestagswahl, wurde ich auf der Straße, der Uni und in Läden häufiger darauf angesprochen, wie schade es doch sei, dass ‚Mrs Merkel‘ jetzt gehe,“ erinnert sich Brandt. Sie sei überrascht, wie intensiv die Engländer sich mit der deutschen Politik auseinandersetzen.

Doch die Weltoffenheit der Professoren deckt sich nicht mit der, der britischen Regierung. Premierminister Boris Johnson wolle wieder mehr die Studenten im eigenen Land fördern. Ein neues Programm, für das 100 Millionen Pfund Budget zur Verfügung gestellt wurde, soll für bis zu 35.000 britische Studenten die Möglichkeit eröffnen, ins Ausland zu gehen. Ausländische Studierende werden parallel stärker zur Kasse gebeten.

Wirtz bedauere den Brexit zwar, sieht ihn jedoch nicht allzu dramatisch. „Unsere Universitäten betonen weiterhin, dass sie an dem Europäischen Gedanken festhalten,“ sagt er. Auch Bia Brandt bestätigt: „Meine persönliche Beziehung nach England wurde sehr gestärkt durch den Aufenthalt und ich denke es geht vielen anderen Erasmusstudenten hier auch so.“ Für beide Deutsche ist auch klar: Ein Studium in einer Stadt wie London ist ein Privileg. Und auch wenn Großbritannien aus der EU ausgetreten ist, ist London immer noch Magnet für viele internationale, weltoffene Kosmopoliten.



TEXT: STEFANIE UNBEHAUEN (25) hat sich nach ihrem Bachelorstudium der Wirtschaftswissenschaften an der FAU Nürnberg für ein Zweitstudium des Wirtschafts- und Politikjournalismus entschieden. Momentan schreibt sie an ihrer Abschlussarbeit. In ihrer Freizeit spielt sie gerne Tennis und fährt Ski. Den Brexit-Austritt bedauert sie gerade wegen der negativen Folgen für Studierende. Ihr erreicht sie unter steffi.unbehauen@gmx.de.

sie an ihrer Abschlussarbeit. In ihrer Freizeit spielt sie gerne Tennis und fährt Ski. Den Brexit-Austritt bedauert sie gerade wegen der negativen Folgen für Studierende. Ihr erreicht sie unter steffi.unbehauen@gmx.de.

„ Im Januar 2022 lief die Erasmus Förderung endgültig aus

Freiheit in den Saar-Landtag bringen? Klingt gut. Lass machen.

AM 27. MÄRZ WIRD GEWÄHLT

D

er Herbst 2021 war sehr aufregend. Nach einer erfolgreichen Bundestagswahl regieren die Freie Demokraten in einer Ampel-Koalition. "Zukunft nur mit Freiheit" - Dieses Versprechen lösen gerade unsere jungliberalen Bundestagsabgeordneten für uns ein. Eine herausfordernde und gleichzeitig belohnende Aufgabe mit wichtigen Erfolgen, die es auch zu feiern gilt.

SAAR-STILLSTAND BEENDEN! REIN IN DEN LANDTAG!

Am 27. März 2022 finden die Wahlen im Saarland statt. Der Wahlkampf geht nahtlos weiter. Das Land braucht neue Ideen und mutige Menschen, die diese auch umsetzen wollen. 9 JuLi-Landtagskandidaten (Julien François Simons, Marcel Mucker, Annabelle Linz-Sonnntag, Luca Samuel Gauweiler, Tobias Decker, Danny Marlon Meyer, Marvin



Bimperling, Eric Spaniol und Constantin Klitz) stellen sich nicht nur dem politischen Wettbewerb, sondern zeitgleich dem Kampf gegen den demografischen Wandel im Saarland. Wir wollen eine lautstarke Stimme der jungen Generation sein und das Freiheitsversprechen erfolgreich in den Landtag tragen. In Zeiten der APO muss man sich Aufmerksamkeit und Seriosität erkämpfen. Mit einer Verfassungsbeschwerde, starken Inhalten, umfangreichem Presseecho und ambitionierter Organisation konnte für das Saarland ein spitzenmäßiger Spitzenkandidat und ein erstklassiges Team von Jungen Liberalen aufgestellt und jungen Menschen aufgezeigt werden, dass wir die Veränderung, die wir uns wünschen, selbst sein können. Im Holi-Stil möchten wir besonders das Gefühl von Freiheit in diesem Wahlkampf vermitteln.

LIBERALE INHALTE: "22 FÜR 2022"

Die Jungen Liberalen Saarland konnten viele Forderungen erfolgreich in das umfangreiche Wahlprogramm der FDP einbringen. Wirtschaft, Digitalisierung, Bildung und Innere Sicherheit sind unsere Kernthemen. Für den Wahlkampf haben wir 22 konkrete Highlight-Forderungen für das Jahr 2022 auserkoren, die wir auf unserer Webseite bewerben.

Wir wollen das Aufstiegsversprechen durch moderne Schulausstattung und durch ein Update des Lehrplans erneuern und jungen Talenten im Saarland durch die direkte Verzahnung von Wissenschaft und Wirtschaft in einem Ministerium exzellente Zukunftsaussichten bieten.

Wir wollen die Chancen der Digitalisierung nutzen durch den Ausbau von Glasfaser und 5G der modernen Arbeitswelt einen Booster verpassen.

Wir wollen Gründern und Unternehmen auf allen Ebenen die Unterstützung bieten, die Sie benötigen, für eine ordentliche prosperierende Wirtschaft.

Wir wollen die Polizei und Justiz personell und sachlich stärken und die Überwachung von unbescholtenen Bürgern verhindern.

Wir setzen uns für eine nachhaltige Politik ein - für dir Umwelt und für kommende Generationen.

Wir sind bereit für die große Veränderung im Saarland. Und wir freuen uns auf eure Teilhabe an dieser ersten Reise, sowie auf viele erfolgreiche Wahlen im Jahr 2022, damit unsere Freiheit wieder den Stellenwert genießt, der ihr zusteht und für die beste freie Entfaltung der Persönlichkeit.

Eure Jungen Liberalen Saarland

Für alle, die mehr wollen

A

Am 08. Mai 2022 wird im Bundesland zwischen den Meeren die 20. Landtagswahl stattfinden. Innerhalb der vergangenen fünf Jahre hat die Jamaika-Regierung unter maßgeblicher Beteiligung der Freien Demokraten Schleswig-Holstein auf den richtigen Kurs gebracht: Ob KiTa-Reform, Fehmarnbeltquerung, Glasfaserausbau oder die aus dem Dornröschenschlaf geholte Gründerszene. Politik wird sich in den kommenden Monaten daran messen lassen müssen, ob sie es schafft, allen Menschen wieder eine Perspektive zu geben. Es braucht Überzeugungstäter, die im Individuum und nicht im Staat die größten Chancen sehen. 2017 war erst der Anfang. Wir treten an - für alle, die mehr wollen. Deshalb ziehen wir mit unserer Spitzenkandidatin, Theresa Leinkauf, in einen Wahlkampf, der alles für uns offen hält. Wir treten mit einem Update für unser Bildungssystem ein, für eine Neuausrichtung unserer Verwaltung und generationengerechter Klima- und Finanzpolitik. Mit einem eigenen, 50 Seiten starken Wahlprogramm bewaffnet, werden die Jungen Liberalen Schleswig-Holstein auf den Wochenmärkten, Veranstaltungen öffentlichen Kundgebungen oder an den Haustüren alles tun, die Menschen von den Freien Demokraten zu überzeugen.

AM 8. MAI WIRD GEWÄHLT



Theresa Leinkauf und Bernd Buchholz

Willst auch Du mehr? Erlebe geballte jungliberale Power, indem Du uns aus ganz Deutschland bei unserem Landtagswahlkampf direkt unterstützt. Wir haben Dir anliegend einen **QR-Code** mit beigefügt, von welchem Du u.a. zu unserem Instagram und das unserer Theresa gelangst. Wir freuen uns darüber, wenn auch Du unsere Posts teilst, likest und verbreitest, damit wir größtmögliche Reichweite generieren können. Ferner ist dem QR-Code ein Anmelde-Tool als Link beigefügt. Bist Du spontan auf Achse oder in der Nähe des Nordens? Dann könntest du doch mal wieder Deine Großeltern in Kiel besuchen und diesen Besuch mit einen Abstecher bei den JuLis in Schleswig-Holstein an den Wahlkampfständen verbinden? Wir freuen uns über jede Unterstützung und können Übernachtungsmöglichkeiten sowie Unterstützungsangebote flexibel anbieten. Lasst uns für die stärkste Fraktion der Freien Demokraten im schleswig-holsteinischen Landtag streiten! Wir sind voller Motivation und freuen uns, wenn auch Du Teil unserer Reise in den Landtag wirst.

Deine Jungen Liberalen Schleswig-Holstein



Wir machen Zukunft. NRW ist bereit für ein weiteres Update!

NRW, ein Frühlingsmärchen...

W

ir schreiben den 14. Mai 2017. Die Stimmung ist optimistisch. Die Hoffnungen sind riesig. Um 17:59 richten sich die Blicke gebannt auf die Bildschirme. Mit einem Ergebnis von 12,6 % entlädt sich ein engagierter Wahlkampf in grenzenlosen Jubel und große Erleichterung. Später wird Christian Lindner mit Armin Laschet einen Koalitionsvertrag unterschreiben, in dem sich beide Parteien und auch wir Junge Liberale uns gut wiederfinden können. Moritz Körner zieht als JuLi-Spitzenkandidat in den Landtag ein. Die Abwahl der rot-grünen Landesregierung war damals überfällig. Ob bei Bildung, Kitas, Inklusion, Digitalisierung, Wirtschaft oder Umweltschutz. Nirgendwo war NRW noch vorne mit dabei.

VIEL KONNTE BEWEGT WERDEN!

In NRW wurde mit den Talentschulen ein zentraler Baustein etabliert, um Chancengerechtigkeit in die Realität zu bringen. Bessere Sprachförderung, bessere Infrastruktur, mehr Sozialarbeiter und eine bessere Lehrer-Schüler-Relation sind effektive Maßnahmen, um Kindern beste Bildung zu ermöglichen. In der Schule übersetzt man Texte aus dem Lateinischen, analysiert Gedichte und lernt das Periodensystem auswendig? Mit dem Schulfach Wirtschaft konnte die FDP mehr Praxisorientierung in die Schulen bringen. Eine JuLi-Forderung wurde so Realität. Nach Jahren der SPD-Regierungsführung war NRWs Wirtschaft gefesselt. Bürokratie lastete schwer auf den Schultern vieler Betriebe, eine Start-Up-Kultur war etwas Fremdes aus Berlin, aber sicher nicht aus Bottrop. Andreas Pinkwart setzte Entfesselungspaket nach Entfesselungspaket um und baute Bürokratie ab. Es wurden Meilensteine hin zum digitalen Bürgeramt

gestartet und gleichzeitig wurden die Klimaziele bei der Reduzierung von CO² übererfüllt. Anders übrigens, als Baden-Württemberg. Grüße an Winfried Kretschmann! Man könnte nun noch seitenlang weitere Erfolge aufzählen. Aber Fakt ist: 2022 wird nicht das Jahr des Bilanzwahlkampfes, sondern die Zeit für ein weiteres Upgrade für NRW.

EIN BUNDESLAND DER UNBEGRENZTEN MÖGLICHKEITEN

Wir Junge Liberale haben in diesem Jahr viel vor. NRW ist Spitzensteuerland bei der Grunderwerbsteuer. Daher kämpfen wir JuLis für die Realisierung des Traums vom Eigenheim mit einer Steuersenkung und einem Freibetrag. Wir kämpfen dafür, dass diese Wahl die letzte Landtagswahl ist, bei der man erst ab 18 und nicht ab 16 wählen darf. Wir möchten Bürgerrechte schützen und fordern die Wiedereinführung der Kennzeichnungspflicht für die Polizei. Wir möchten Talentschulen ausweiten und den Leistungskurs Wirtschaft etablieren. In NRW soll mit gutem Beispiel vorangegangen werden und der WDR reformiert werden. „Bürgeramt & Chill“ soll nicht nur in Estland funktionieren, sondern auch in Essen. Und Stau, der leider in NRW Standard geworden ist, muss innovativer bekämpft werden. Ihr seht: Wir haben eine Vision von einem besseren NRW.

UNABHÄNGIGE KRAFT

Die Freien Demokraten treten für eigene Ideen an. Die Zeiten von Zweitstim-

menkampagnen oder Lagerwahlkämpfen sind vorbei. Und alles ist offen. Vieles deutet auf einen Zweikampf zwischen Hendrik Wüst (CDU) und Thomas Kutschky (SPD) für das Amt des Ministerpräsidenten hin. Beide eint eine die Ambitionslosigkeit. Deshalb braucht es starke Freie Demokraten und starke Junge Liberale, um NRW zu updaten, statt gute Ideen rückabwickeln zu lassen.

VOLLE JULI POWER

Jede dritte Kandidatin bzw. jeder dritte Kandidat in NRW ist unter 35. Auch diese JuLi-DNA wird zu einem frischen, innovativen und modernen Wahlkampf führen. Zudem werden wir mit einer frischen Kampagne und eigenen JuLi-Großflächen agieren und möchten so auch die Presselandschaft in NRW dominieren. Wir machen Zukunft. Aber wer sind „Wir“? Das sind an vorderster Front natürlich unsere Spitzenkandidaten: Alex und Max. **Alex Steffen:** Ich bin Alexander, komme aus Ratingen im Kreis Mettmann. Nur mit einer starken FDP wird es keine Einheitsschule geben, bauen wir das Schulfach Wirtschaft aus, entlasten wir Menschen beim Grunderwerb, digitalisieren wir unsere Behörden und bauen Bürokratismus ab. Deine Freiheit ist unsere Mission - was sich abstrakt anhört, möchte ich im Wahlkampf konkret werden lassen. **Max Kemler:** Mein Name ist Maximilian Kemler, ich bin ein 32 Jahre junger Familienvater aus dem Herzen des schönen Münsterlandes. Ich trete für die FDP und den Jungen Liberalen zur Landtagswahl an, um nicht nur für die Zukunft meiner

Tochter zu kämpfen. Dieses Land braucht dringend auch weiterhin eine liberale Handschrift in der Landesregierung.

IHR WOLLT MITHELFEN? KOMMT NACH NRW!

Egal, ob Ihr diesen Artikel nun in Kiel, Cottbus oder Freiburg lest: Wir freuen uns auf Eure Mithilfe bei uns im Wahlkampf.

Eure Jungen Liberalen Nordrhein-Westfalen



Maximilian Kemler (oben) und Alexander Steffen

AM 15. MAI WIRD GEWÄHLT

Euregio- Zukunftsmotor der europäischen Idee

Mit Euregio sollen Grenzen überwunden und regionale Kooperation innerhalb der EU gestärkt werden. Doch worum geht es genau?

3876 Kilometer

– so lang sind die deutschen Grenzen zu den direkten Nachbarstaaten zusammengerechnet. Kein Land in Europa hat so viele direkte Nachbarn wie wir.

Für viele Menschen ist der Grenzübertritt vor allem Freizeit: nach Holland an die Nordsee, nach Österreich zum Skifahren oder nach Dänemark zum Surfen. So weit, so unkompliziert.

Sieht man von der Corona-Pandemie ab, durch die der Grenzübergang mitunter zum Hindernis für Urlaub oder Sonntagsausflug wurde, schaut der Rest der Welt neidisch darauf, wie schnell und einfach Grenzübergänge dank europäischer Einigung zwischen den Mitgliedstaaten geworden sind.

Schwieriger wird das Ganze, wenn der eigene Job den Grenzübergang erforderlich macht.

Sicher, durch die Arbeitnehmerfreizügigkeit ist es grundsätzlich keine große Sache, einen Job im benachbarten Ausland anzunehmen. Wollen Firmen aber international zusammenarbeiten, ihr Know-how teilen und gemeinsam wachsen, sind die Bedenken oft groß: Hat der ausländische Partner dieselben Vorstellungen wie wir? Was kommt rechtlich auf uns zu? Wie firmieren wir am besten?

All das sind Fragen, die sich fast zwangsläufig stellen, wenn über Grenzen hinweg zusammengearbeitet werden soll. Um den Unternehmen und Menschen diese Zusammenarbeit zu erleichtern, gibt es das EU-Programm der Euregio: Mit ihr sollen Verbindungen über Grenzen hinweg etabliert und intensiviert werden.

Das kann vom grenzübergreifenden Austausch bis zur konkreten Zusammenarbeit von

Unternehmen und Institutionen gehen. Greifbar werden die Ideen der Euregio dann, wenn sie einen direkten Nutzen für die Menschen, aber auch die Unternehmen der Regionen bringen. Am Niederrhein haben viele Grenzpendler die Euregio in der Corona-Pandemie neu schätzen gelernt. Durch gute Vernetzung der Politik auf beiden Seiten der Grenze konnte den beruflichen Pendlern schnell Unterstützung angeboten werden, insgesamt fand die Situation der Grenzregion besondere Beachtung. Gerade bei den Berufspendlern kann die Euregio auch in Zukunft, nicht nur am Niederrhein, sondern in all ihren 13 Regionen wichtige Arbeit leisten. Viele Menschen scheuen leider nach wie vor den Schritt, im Nachbarland einen Job anzunehmen, obwohl gerade dies für die Unternehmen beidseits der Grenze ein Segen wäre. Fachkräfte sollten nicht durch Grenzen aufgehalten werden, Potenziale sollten nicht länger liegen gelassen werden. Die Euregio kann dabei ein starker Partner im grenzübergreifenden Austausch werden. Genauso wichtig wird in Zukunft auch die Funktion als Konnektor zwischen Unternehmen auf beiden Seiten der Grenze werden. Vor allem Unternehmen, die nicht schon ihrer Größe und Strahlkraft wegen, internationale Partner suchen und finden, können von der Arbeit der Euregio enorm profitieren. Erste Gehversuche in diese Richtung bietet das Netzwerk „Agrobusiness Niederrhein“ an, das sich die Verbindung von Unternehmen aus grünen Branchen wie Gartenbau und Landwirtschaft zur Aufgabe gemacht hat. Mithilfe des Netzwerks konnten bereits Verbindungen zwischen deutschen und niederländischen Gartenbauunternehmen auf-

gebaut werden. Besonders Branchen, die auf beiden Seiten einer Grenze stark sind, können durch Vernetzung und Zusammenarbeit gemeinsam schneller wachsen. Die Euregio kann den Unternehmen natürlich nicht die Risiken und Kosten einer Zusammenarbeit abnehmen, aber sie kann dabei helfen, dass Unternehmen sich überhaupt finden und Hilfestellung bei steuer- oder arbeitsrechtlichen Fragen bieten. Besonders in Zeiten, in denen die europäische Idee immer mehr unter Druck steht und EU-kritische Parteien in vielen Ländern immer mehr Zulauf bekommen, kann dieser direkte und spürbare Mehrwert von grenzübergreifender Arbeit ein wichtiger Botschafter der Europäischen Union werden. Wenn die Menschen und Unternehmen die Grenzen auch ökonomisch noch weniger als Grenze, sondern viel mehr als Chance wahrnehmen, stärkt das nicht nur das Portemonnaie derer, die in Firmen der Grenzregion arbeiten, sondern auch die Identifikation mit freien Grenzen und Freihandel insgesamt.



TEXT: LUCAS VAN STEPHOUDT (28) arbeitet als Wirtschaftsförderer der Stadt Geldern. Als solcher ist ihm die Entwicklung der Euregio ein großes Anliegen. Zudem kandidiert er bei der NRW-Landtagswahl für seinen

Heimatwahlkreis „Kreis Kleve I“ für den Landtag. In seiner Freizeit ist er Sitzungspräsident im Karneval bei Blau-Weiß Hartefeld in seinem Heimatdorf. Liberale Ideen, politisches Engagement und Brauchtumpflege passen für ihn bestens zusammen.

Europas Marie Antoinette

Die Europäische Zentralbank

Die Zinsen bleiben niedrig, sehr niedrig, für einen langen Zeitraum“, kündigte Mario Draghi einst die historischen Zinssenkungen im Euroraum an. Die Folgen der damit verbundenen Geldmengenvermehrung sind heute für alle in Europa spürbar: Die Inflation in der Eurozone steigt auf mehr als fünf Prozent. Und die Europäische Zentralbank? Verzichtet auf eine Trendwende ihrer Politik; meint, es würde schon besser werden. Mitnichten, und das ist erst der Anfang.

Und dabei sind die Ziele der EZB eigentlich genau definiert: die Wahrung der Preisniveaustabilität und die Förderung der konjunkturellen Entwicklung der Wirtschaft im Euroraum. Hierbei ist die Wahrung der Preisniveaustabilität das vorrangige Ziel. Dennoch scheitert die EZB mit Vorsatz, es zu erfüllen. Und das ist in der Pandemie noch schlimmer geworden.

In der letzten Zeit weitete die EZB ihr Staatsanleihenkaufprogramm munter aus, erweiterte damit die Geldmenge und setzte ihre Staatenfinanzierung fort. Nutznießer sind hochverschuldete Staaten wie Portugal und Griechenland, Verlierer sind die Arbeiter und Sparer, und vor allem junge Menschen. Anstatt in Demut ihre eigentlichen Aufgaben endlich zu erfüllen, möchte die EZB stattdessen jetzt auch noch nebenbei das Klima retten. Sie spielt sich auf wie die Königin von Europa – allerdings wie eine verschwenderische, disziplinierte Marie Antoinette, die sich nicht um ihre Bürger schert.

Die EZB tut derzeit alles, um die Inflation zu befeuern und ihren eigentlichen Rechtsrahmen zu verlassen. Die Folgen sind weitreichend. In unserem Fiatgeldsystem ist das Geld stets vom Vertrauen der Bürger abhängig, da das Geld

einfach aus dem Nichts geschöpft wird und im Endeffekt ein Nichts bleibt. Dieses Vertrauen geht bei einer unzuverlässigen, schlecht agierenden Zentralbank jedoch verloren. Und damit die Grundlage, auf der unser gegenwärtiges Geldsystem beruht.

Die EU-Beamten aus Frankfurt müssen die Kehrtwende einleiten; besser gestern als heute. Die Zeiten des billigen Geldes zum Nulltarif muss enden und die Staatenfinanzierung durch riesige Anleihenkäufe müssen enden. Und diese Kehrtwende wird schwierig, Hans-Werner Sinn vergleicht sie gar mit einem kalten Entzug. Diese Metapher passt gut: Die Politik der EZB ist wie eine Droge, die in den Abgrund führt und von der wir schnellstens abkommen sollten.

DIE SÜSSE LÖSUNG: FREIE WÄHRUNGEN

Da ist aber eine Lösung, die noch mutiger und als ein korrektes Handeln der Zentralbank ist: freie Währungen. Geht es uns wirklich darum, langfristig stabiles und zuverlässiges Geld zur Verfügung zu haben, führt kein Weg um freie Währungen ohne eine staatliche Todregulierung vorbei. Die Bürger können dann selbst wählen, ob sie die staatliche Währung nutzen möchten oder eben eine freie. Ist das staatliche Geld instabil und nicht vertrauenswürdig, wie derzeit der Euro, steht es den Bürgern frei, ihr Geld in nichtstaatliche Währungen zu tauschen.

„Es ist eine Hauptaufgabe des Wettbewerbs zu zeigen, welche Pläne falsch sind“, stellte Friedrich August von Hayek fest. Zwingend sollten wir dem Wettbewerb auch vertrauen, die beste Währung hervorzubringen. Zumindest, um die staatlichen Notenbanken zu disziplinieren, stabiles Geld zu emittieren. Die Auswirkungen schlechter Währungspolitik sind viel zu weitreichend, als dass wir die Währungspolitik ausschließlich staatlichen Notenbanken anvertrauen könnten.

Wenn es die neue „Fortschrittkoalition“ mit Fortschritt ernst meint, wäre jetzt die ideale Gelegenheit freien Währungen echten Vorschub zu leisten: Die Abschaffung jeglicher Regelungen, die das bestehende staatliche Währungsmonopol aufrechterhalten, besonders der Sonderstatus als gesetzliches Zahlungsmittel. In diesem Sinne: Freigeld für die Freiheit.



TEXT: TORBEN HUNSDÖRFER (18) ist Schüler, Jurafrühstudent und Bezirksprogrammleiter in OWL. Er brennt für schwarzen Kaffee, gute Bücher, weißen Wein, Hayek und einen Staat, der ihn in Ruhe lässt. Du erreichst ihn unter torbenhundsdoerfer@julius.de.

„In unserem Fiatgeldsystem ist das Geld stets vom Vertrauen der Bürger abhängig

Die EZB tut derzeit alles, um die Inflation zu befeuern und ihren eigentlichen Rechtsrahmen zu verlassen. Die Folgen sind weitreichend. In unserem Fiatgeldsystem ist das Geld stets vom Vertrauen der Bürger abhängig, da das Geld

Die Unionsbürgerschaft und ihr Potenzial

Kroaten, Portugiesen, Finnen und Deutsche. Sie alle – und die Staatsbürger von 23 weiteren Ländern – haben eines gemeinsam: sie besitzen neben der Nationalität ihres Heimatlandes die sogenannte Unionsbürgerschaft. Doch was bedeuten die Sternchen und der Zusatz „Europäische Union“ auf den Ausweisdokumenten für uns Bürger und war dieser Zusatz vielleicht erst der Anfang?

Die Unionsbürgerschaft setzt um, dass die Union nicht nur das Ziel verfolgt, gemeinsam wirtschaftlich zu wachsen und die jeweiligen Rechtssysteme Stück für Stück zu harmonisieren, sondern auch die Menschen sozial näher zu bringen. Die Union sieht sich als Bündnis für die Bürger der EU und verleiht diesen mit der Unionsbürgerschaft zahlreiche Rechte:

So sichert sie unter anderem, dass die Unionsbürger sich frei auf dem Gebiet der EU bewegen können. Ein Unionsbürger, der in einem anderen Land der EU als seinem Heimatland

lebt, darf bei kommunalen Wahlen im Land seines Wohnsitzes wählen. Im Ausland können Unionsbürger auch diplomatischen und konsularischen Schutz durch die Behörden anderer EU-Länder erhalten. Hervorzuheben ist, dass die EU mit der Unionsbürgerschaft insbesondere gegen die Diskriminierung vorgehen möchte: Die jeweiligen Nationalitäten dürfen nicht in einem hierarchischen Verhältnis stehen, sondern sind nebeneinander auf Augenhöhe zu betrachten. Die Unionsbürgerschaft ist ein unerlässliches Instrument dafür, denn sie soll einen gemeinsamen Nenner bilden für die rund 448 Millionen EU-Bürger.

Was die Unionsbürgerschaft auszeichnet, ist die Tatsache, dass sie den Bürgern auch keinerlei Pflichten auferlegt. Wohingegen die deutsche Staatsbürgerschaft beispielsweise den deutschen (männlichen) Staatsbürgern die Wehrpflicht auferlegen kann.

In den USA besitzen die Bürger keinen Reisepass der Staaten Texas, Utah und Ohio, sondern den der Vereinigten Staaten. Was spricht nun dafür, dass auch wir unsere nationalen Ausweisdokumente durch solche der EU ersetzen? Zum einen würde die soziale Verbindung in der EU gestärkt. Die EU soll gerade keine rein wirtschaftliche Union bilden, sondern die Menschen einander sozial näherbringen. Offene Grenzen und eine einheitliche Währung scheinen dafür zwar notwendig, jedoch nicht ausreichend.

Hauptkritikpunkt an diesem System ist jedoch, dass die EU auch die Pflicht hat, die jeweiligen Kulturen zu schützen: Auf keinem anderen Kontinent auf der Erde leben wohl so viele unterschiedliche Kulturen auf engstem Raum wie in Europa. Die EU solle gerade kein großer „melting pot“ sein, der die

Menschen angleicht. Sie existiere als „salad bowl“ – eine Metapher, die für das Zusammenleben verschiedener Kulturen unter Beibehaltung ihrer jeweiligen Identität steht. Durch die einheitlichen Ausweisdokumente würde gerade diese Kulturvielfalt unterdrückt. Als Folge befürchten Kritiker Identitätskrisen und Diversitätsverlust.

Diesen Befürchtungen kann jedoch entgegengehalten werden, dass die jeweiligen Kulturen durch die Sprachvielfalt und die weitreichend geschützten Freiheitsrechte in der EU geschützt bleiben sollen. Laut einer Umfrage aus dem Frühjahr 2021 nehmen sich lediglich 31 % der EU-Bürger auch als solche wahr. Diese Umfrage verdeutlicht, dass die Kulturvielfalt in Europa es der EU gerade so schwer macht, ein Gemeinschaftsgefühl zu erzeugen und dass weitere Schritte in Richtung sozialer Annäherung gewagt werden müssen.

Des Weiteren werden in Zukunft viele Menschen die Voraussetzungen für mehrere Staatsbürgerschaften erfüllen. Derzeit ist es jedoch nicht gestattet, mehrere Staatsbürgerschaften innezuhaben, sodass die Betroffenen gezwungen sind, sich zu entscheiden. Dieser Konflikt würde weitestgehend vermieden, wenn man durch eine Staatsbürgerschaft, die Nationalitäten von 27 Mitgliedstaaten abdecken würde.

Auch in Bezug auf die internationale Mobilität, würden die EU-Ausweisdokumente viele Türen öffnen: Gerade bei Reisen außerhalb der EU, könnten die Bürger mit einem gleichstarken Reisepass reisen, was gerade für Bürger mit bislang schwächeren Pässen Visumserleichterungen und mehr Reisefreiheit bedeuten würde.

Schließlich – und dies ist der wohl bedeutendste Punkt – könnten einheitliche Ausweisdokumente einen großen Beitrag zur Bekämpfung der Diskriminierung leisten: Auf dem Arbeits- und Wohnmarkt kann dann die Nationalität keinen Unterschied mehr machen und die generelle Chancengleichheit wird gewährleistet.

Und dieses kleine Stück Papier in unseren Taschen würde uns zeigen: Wir sind keine Fremden, denn wir alle sind Europa.



TEXT: LEANA BARAC (23)
studiert Jura an der Ludwig-Maximilians-Universität in München und strebt eine baldige Karriere im Wirtschaftsstrafrecht an. Wenn du wissen willst, wieso sie seit Monaten Hawaiianisch lernt, erreichst du sie unter: leanabarac@gmx.de



Europa ist unsere Chance. Eine andere haben wir nicht

Diesen Satz sprach der ehemalige liberale Außenminister Hans-Dietrich Genscher in der Marktkirche von Halle am 17.12.1989. Was ergibt sich daraus für die Zukunft Europas?

Sehen wir uns die Welt an. Werden wir sie gestalten oder sind wir nur Zuschauer?

Für uns Gestalter ist Europa weiterhin eine Chance. Heute eine noch weitaus Stärkere als kurz nach dem Zerfall des Ostblocks. Doch nach einer wirtschaftlich erfolgreichen und langen friedlichen Periode zeigt sich am Horizont eine neue globale Weltordnung.

Dessen Hauptakteure sind die Vereinigten Staaten von Amerika sowie die Volksrepublik China. Beide Großmächte haben einen erheblichen Einfluss darauf, wie sich die Welt in den nächsten Jahrzehnten in vielen Aspekten entwickeln wird. Sei es wirtschaftlich, politisch oder finanziell.

Nur gemeinsam können wir als Europa dabei eine Rolle einnehmen. Kein europäischer Einzelstaat wird allein in der Lage sein, die Zukunft entscheidend mitzugestalten. Diese Gemeinsamkeit geht über den zwischenstaatlichen Ansatz Europas hinaus. Nötig wird ein föderaler Staatenbund. Nötig werden die Ver-

einigten Staaten von Europa. Und zwar bald!

Was bleibt, ist die Frage der Umsetzung. Mit diesen Zeilen möchte ich einen Handlungsrahmen aufzeigen, wie wir es schaffen können, unseren Platz am Verhandlungstisch der Welt zu sichern.

Der Weg zur Vereinigung erfordert einen klaren politischen Willen. Die Einzelstaaten Europas arbeiten mit zwei verschiedenen Geschwindigkeiten und unterscheiden sich durch den Euro. Nur der innere Kreis – also jener, der sich aus den Ländern des Euros zusammensetzt – ist heute fähig zu einer föderativen Struktur. 19 der 27 Mitgliedsländer stellen nach aktuellem Stand die Basis der Vereinigten Staaten von Europa.

In Zukunft braucht es eine europäische Regierung und ein Parlament, das aus freien und unabhängigen Wahlen hervorgeht. Diese europäische Demokratie muss gleichzeitig die Staaten und ihre Bürger repräsentieren. Erreicht wird das durch eine Vertretung der einzelnen Parteien mit deren Repräsentanten auf europäischer Ebene. Der europäischen



Besonders relevant ist die Schaffung eines gemeinsamen öffentlichen Raumes, um den europäischen Gedanken in die Herzen der Bevölkerung zu tragen.

Regierung müssen die einzelstaatlichen Hoheitsrechte der Verteidigung, der Außenpolitik, der Sicherheit sowie der Justiz vollumfänglich übertragen werden. Im gleichen Sinne unterliegen lokal verortete Angelegenheiten lokaler Politik.

Im ersten Schritt ist durch das gewählte Parlament eine Verfassung zu erarbeiten, welche als Grundlage des europäischen Handelns dient.

Die Vereinigten Staaten von Europa brauchen eine gemeinsame Zentralbank sowie einen gemeinsamen Haushalt, welcher sich aus gemeinsam erhobenen Steuern finanziert und durch das Europäische Parlament genehmigt wird. Steuergesetzgebungen müssen hierfür harmonisiert und die Steuersätze angepasst werden. Zusätzlich muss der Umfang gemeinsamer Projekte in den Bereichen Energie, Forschung und Transport definiert werden.

Besonders relevant ist die Schaffung eines gemeinsamen öffentlichen Raumes, um den europäischen Gedanken in die Herzen der Bevölkerung zu tragen. „Wir sind das Volk!“. Es kommt darauf an, die Bürger davon zu überzeugen, dass die Gründung der Vereinigten Staaten von Europa in ihrem Interesse ist, im Interesse ihrer Familien, der Menschen, die ihnen nahestehen, der Region und Länder.

Die Vereinigten Staaten von Europa bedeuten nicht das Ende der Individualität der Länder.

Grundlage dieses Artikels bildete der Aufruf: "Wagen wir endlich die Vereinigten Staaten von Europa" von Michel Dévoluy welcher am 30. April 2020 im Rhein-Mosel-Verlag erschienen ist.



TEXT: JONAS BÖHM (19)
arbeitet als Elektroniker für einen deutschen Automobilhersteller und ist Vorstandsmitglied der Jungen Liberalen in Ingolstadt-Eichstätt. Wirtschaftspolitik ist für ihn ein Kernthema der Liberalen. Du erreichst ihn unter: jonas.boehm@julius-bayern.de

Wir alle sind Europa



Sind die Vereinigten Staaten von Europa eine sinnvolle Zukunftsvision?

Ja, sagt Fabian. Für ihn sprechen besonders geopolitische Gegebenheiten dafür.

Unsere Generation hat das Glück, in einer Europäischen Union aufzuwachen, die für uns Friedens- und Freiheitsgarant ist. Die Wenigsten von uns haben kriegerische Konflikte erleben müssen. Grund dafür ist, dass die Europäische Union einen historisch einzigartigen und unverzichtbaren Rahmen für das Streben nach Freiheit, Wohlstand und Sicherheit in Europa, für die Gestaltung friedlicher Beziehungen zwischen seinen Völkern und für die Mitwirkung an Frieden und Stabilität in der Welt darstellt. Die Vereinigten Staaten von Europa sind daher für viele Europäerinnen und Europäer der nächste logische Schritt der europäischen Integration.

Emmanuel Macron hat viele Jahre vergeblich auf eine deutsche Antwort auf seine Vision für Europa gewartet. Die neue Ampel Koalition antwortet endlich: Die Bundesregierung, so heißt es im Koalitionsvertrag, will sich für einen verfassungsgebenden europäischen Konvent einsetzen, der der Weiterentwicklung der EU "zu einem föderalen europäischen Bundesstaat" dienen soll – endlich!

JA

Ein in den vergangenen Monaten immer wichtiger werdendes Argument für einen europäischen Bundesstaat ist die Neo-Geopolitik: Gravierende Umwälzungen in der Weltordnung durch die Großmächte erfordern machtpolitisches Denken und Handeln. Auch die EU kommt daran nicht vorbei. Überkommene Mechanismen blockieren seit Langem. Europa hat viel über seine internationale Rolle geredet; ohne genug dafür zu tun. Die Zahl akuter und eingefrorener Konflikte in Europas Nachbarschaft ist gestiegen. Die Covid-19-Pandemie enthüllte, wie verwundbar Europas Versorgungssicherheit und Wertschöpfungsketten sind und wie stark es der Rivalität zwischen China und den USA ausgesetzt ist. Russland stößt in Gebiete in Nahost und Europa vor. Die Ukraine-Krise der vergangenen Wochen veranschaulicht, wie fragil der Frieden um und in Europa sein kann. Eine Kombination aus äußerem Druck, nicht zu leugnenden internationalen und wirtschaftlichen Abhängigkeiten und die Angst vor Erpressbarkeit hat die Diskussion um Selbstschutz, Resilienz und Unabhängigkeit verschärft. Die zunehmenden inter- und transnationalen Gestaltungs- und Krisenmanagementaufgaben tun ihr Übriges. Um sich in diesem veränderten strategischen Umfeld behaupten zu können, muss die EU zumindest in der Lage sein, in den geopolitischen Kategorien der politischen Mit- und Gegenspieler denken zu können, auch wenn sie selbst andere Prioritäten setzt. Um hierfür ein freiheitliches Gegengewicht auf dem internationalen Parkett darstellen zu können, bedarf es den nächsten Schritt der Integration insbesondere im Hinblick

auf die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik: die Vereinigten Staaten von Europa mit einer europäischen Armee!

Weitere wichtige Argumente für den Bundesstaat Europa sind in einer globalisierten Welt die wirtschaftlichen Ziele und der Klimawandel. Spätestens seit die Europäische Kommission ihren Green Deal vorgestellt hat, gehen Wirtschafts- und Klimapolitik Hand in Hand. Der Klimaschutz ist dennoch eine globale Angelegenheit und macht vor EU-Grenzen nicht halt. Dank der EU sind die Standards im weltweiten Vergleich die höchsten und geben der Weltgemeinschaft entscheidende Impulse. Kleinstaaterei würde diese hohen Standards nicht setzen. Das Ziel, 2050 als erster Kontinent klimaneutral zu werden, wird soziale und auch wirtschaftliche Herausforderungen aufbringen, die in einem Bundesstaat einfacher zu lösen sein werden. Innovationspolitik aus einem Guss kann gezielt schwächeren Regionen zugutekommen, dort ineffiziente Strukturen überwinden und Stärken stärken. Die definierten Klimaziele, die gesetzten Standards und weitere Maßnahmen sind für die Wirtschaft auch eine Chance: Unternehmen müssen ihre ganze Wertschöpfungskette klimaneutral gestalten, um wirtschaftlich nachhaltig am Markt bestehen zu bleiben. Für Unternehmen kann ein Wettbewerb der Ideen resultieren, der langfristig eine Vorreiterrolle der europäischen Wirtschaft im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit zur Folge haben kann. Die Vereinigten Staaten von Europa als stärkster globaler Wirtschaftsraum können diese wirtschaftliche und klimapolitische Symbiose zusätzlich verstärken und neue Dynamiken entfalten, insbesondere, wenn die EU auch in dieser Hinsicht mit einer Stimme spricht.

Es gibt viele weitere Argumente, die für die Vereinigten Staaten von Europa sprechen. Unsere Zukunft liegt eindeutig in Europa. Eine weitere Integration ist deshalb sinnvoll.



TEXT: FABIAN URBEINCYK (24) ist Stadtverordneter in Gelsenkirchen und studiert aktuell im Master BWL und im Bachelor Politikwissenschaften. Erreichen könnt

ihr ihn unter fabianubu@julis.de

NEIN

Nein, sagt Daniel. Für ihn sprechen zahlreiche unbeantwortete Fragen dagegen.

Als Bundeskanzler Olaf Scholz am 12. Dezember 2021 in Warschau auf den polnischen Ministerpräsidenten Morawiecki traf, spielte das Thema Europa erwartungsgemäß eine ganz zentrale Rolle. Dass die neue Ampelkoalition westlich von Oder und Neiße nun ganz offiziell das Ziel verfolgt, die Europäische Union zu einem föderalen Bundesstaat weiterzuentwickeln, blieb unseren Nachbarn natürlich nicht verborgen. Umso deutlicher fiel das Urteil Morawieckis dazu aus. Die Vereinigten Staaten von Europa? Das sei „bürokratischer Zentralismus, eine Utopie und gefährlich“.

Bei aller Überspitzung, der polnische Ministerpräsident zeigt mit seiner Aussage ein ganz zentrales Problem dieser Vision auf: Sie findet keine ausreichende Akzeptanz bei den Bürgern Europas. In Frankreich wird sie oft als elitäre deutsche Idee, wenn nicht sogar als Drohung im deutschen Größenwahn wahrgenommen. Und wer viel im europäischen Ausland unterwegs ist und dabei nicht nur die kosmopolitischen Großstadtmilieus besucht, spürt nicht gerade den großen europäischen Geist. Im Gegenteil: Nationalismus und Rechtspopulismus sind in den letzten Jahren europaweit leider präsenter, zum Teil in Regierungsverantwortung. Der Weg zu einer übergreifenden, supranational europäischen Identität ist utopisch weit.

Die Ursachen dafür sind vielschichtig. Die Europäische Union ist in der Wahrnehmung vieler Bürger durch nur mühsam oder nur zum Teil gelöster Krisen wie dem Brexit oder der Flücht-

lingskrise von 2015 geprägt. Von kulturellen, historischen und sprachlichen Unterschieden ganz zu schweigen. Auch der Euro transportiert eine ganze Menge Konfliktpotenzial. Von der Währungsunion haben bisher hauptsächlich die zwei größten Exportnationen Europas profitiert. Während in holländischen Häfen der europäischen Wohlstand verladen und deutsche Dieselfahrzeuge in die ganze Welt verkauft werden, sieht die Lage in den italienischen Industrien ganz anders aus. Für die südlichen Euro-Länder ist der Euro als Währung zwar stabil, aber viel zu stark. Das ist keine gute Basis für einen Bundesstaat mit ausnahmslos einheitlicher Währung.

Neben der Verstärkung bestehender Probleme zöge ein europäischer Bundesstaat auch neue riskante Fragestellungen mit sich. Was passiert mit der NATO und einem EU-Staat wie Schweden, das kein NATO-Mitglied ist? Überträgt Frankreich seinen Sitz im EU-Sicherheitsrat auf die gesamte EU? Müssen wir unser Grundgesetz aufgeben? Wird es zusätzliche europäische Steuern geben? Erhöht ein überlegenes europäisches Militär die Kriegswahrscheinlichkeit im Wettbewerb mit anderen Staaten, wenn litauische Sicherheitsfragen plötzlich gesamt-europäisch werden? Ludwig von Mises schreibt dazu passend, dass „der Kampf des geeinten Kontinentaleuropas gegen die großen Weltmächte außerhalb seines Gebietes nicht weniger verderblich als der Kampf der europäischen Staaten untereinander“ sei.

Der Frieden in Europa fußt auf



der ursprünglichen Wirtschaftsunion, die uns, unter anderem, durch freien Dienstleistungs-, Personen- und Kapitalverkehr innerhalb Europas und einer gemeinsamen Handelspolitik gegenüber Drittstaaten eine gute Basis für Wohlstand und Wachstum gibt. Wir brauchen also keine elitäre Bürokratieregierung aus dem Brüsseler Elfenbeinturm, sondern einen klugen, schlanken Rahmen durch eine reformierte, weniger interventionistische EU, die mehr Handlungsspielräume lässt. Lokale Probleme wie die spanische Jugendarbeitslosigkeit sind aufgrund lokaler Begebenheiten auch am besten lokal zu lösen. Eine zielgerichtete und effektive Verschlinkung der überstaatlichen Organisation würde die Narrative von Nationalismus und Rechtspopulismus in Europa nachhaltiger entkräften.

Fakt ist, dass die Vision eines europäischen Bundesstaates nicht nur von einigen politischen Entscheidungsträgern wie Morawiecki abgelehnt wird, sondern auch in Umfragen unter EU-Bürgern seit Jahren keine Mehrheit findet. Genau diese umfassende Zustimmung ist jedoch unverzichtbar für eine demokratische Legitimation. Ohne ein gemeinsames Ethos wie in den USA funktioniert keine Einheit. Mit anderen Worten: Es reicht nicht aus, ein Haus im Rohbau nur schön zu bemalen. Die Vereinigten Staaten von Europa sind somit keine sinnvolle Zukunftsidee, sondern ein Gedankenexperiment mit hehren Motiven.



TEXT: DANIEL ZWINGMANN (27) studiert im Master den deutsch-französischen BWL-Studiengang „Internationales Marketing“ an der Hochschule Niederrhein.

Er ist stellvertretender Kreisvorsitzender der JuLis Düsseldorf und Leiter des Landesarbeitskreises Wirtschaft der JuLis NRW. In seiner Freizeit reist er sehr gern und hat dabei schon fast jedes EU-Land besucht. Ihr erreicht ihn unter: leanabarac@gmx.de

Unser Ziel ist eine souveräne EU als starker Akteur in einer von Unsicherheit und Systemkonkurrenz geprägten Welt. Wir setzen uns für eine echte Gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Europa ein." Die neue Bundesregierung, setzt sich auf den ersten Blick hohe Ziele; will die strategische Souveränität der Europäischen Union stärken.

So soll eine verstärkte Zusammenarbeit nationaler Armeen, gemeinsame Kommandostrukturen und ein gemeinsames zivil-militärisches Hauptquartier geschaffen werden. Dabei will die Ampel auf die „integrationsbereiten EU-Mitglieder“ setzen, also nur auf solche EU-Mitgliedsstaaten, die sich an diesen gemeinsamen Prozess beteiligen wollen. Bei all diesen Projekten soll die Komplementarität mit Kommandostrukturen und Fähigkeiten der NATO gesichert bleiben.

Auch wenn diese Schritte nicht falsch sind, so fehlt doch der große Wurf. Zwei der drei Koalitionsparteien - FDP und SPD - hatten in ihren Wahlprogrammen ein klares Bekenntnis zu einer eigenen Europäischen Armee unter parlamentarischer Kontrolle des EU-Parlaments. Dass sich die Koalition trotz aller im Koalitionsvertrag festgehaltener wichtiger Reformbestrebungen der EU (bspw. die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips im Rahmen der GASP) nicht zu dem Projekt positioniert, ist auf der einen Seite eine vertane Chance für einen verteidigungspolitischen Aufbruch, kann sich aber andererseits langfristig als Gefahr für die geforderte „strategische Souveränität“ der Union herausstellen.

Von Churchill, gescheiterten Verträgen und deutschen Helmen

Die Idee einer gemeinsamen europäischen Armee gibt es nicht erst seit dieser Bundestagswahl. Schon im August 1950 forderte Winston Churchill, angesichts des sich zuspitzenden Kalten Krieges, eine europäische Armee unter westdeutscher Beteiligung. Nur kurze Zeit später schlug der französische Ministerpräsident René Pleven einen nach ihm benannten Plan vor, der in der 1952 in der Unterzeichnung des EVG-Vertrages mündete. Hätte sich die Stimmung in Frankreich damals nicht gedreht und wäre der Vertrag ratifiziert worden, würden wir die heutige Diskussion nicht führen. Schon damals zeigte sich ein Grundsatz, der noch heute gilt: ohne ein gemeinsames Vorgehen der europäischen Kernstaaten ist eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik nicht umsetzbar. Doch auch 70 Jahre später

BEDINGT

ABWEHRBEREIT



Wie fehlender Integrationswille die europäische Sicherheit gefährdet.

ist dieser wichtige Schritt für die strategische Souveränität Europas noch nicht gegangen. Schlimmer noch, eine echte GASP der 27 EU-Mitgliedsstaaten - wie es der Koalitionsvertrag fordert - scheint aktuell kaum vorstellbar. Dabei wäre das gerade jetzt dringend notwendig. Zu groß sind die inhaltlichen Differenzen in der Ausgestaltung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik, zu groß ist der Unwille, Verantwortung im europäischen Kontext zu übernehmen und Kompetenzen abzugeben.

Allein das Desaster von Kabul hat aufgezeigt, wie schlecht es um die Einsatzbereitschaft und die strategische Fähigkeit der Europäer ohne die USA steht. Auch wenn die EU-Staaten den Flughafen von Kabul hätte sichern wollen, wäre sie faktisch dazu keineswegs in der Lage gewesen. Den genau für solche Situationen aufgestellten EU-Battlegroups, fehlt es zu oft an Leit-Nationen (die auch entsprechende Kosten zu tragen hätten). So wurde auch der Kabul-Einsatz nicht zum ersten Einsatz, der seit 15 Jahren bestehenden, schnellen Eingreiftruppe. Hier zeigt sich der zweite Grundsatz europäischer Außen- und Verteidigungspolitik: Ohne die tatsächliche Bereitschaft Kosten zu tragen, scheitern gut gemeinte Bekenntnisse.

Dass das größte Problem einer gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik nach wie vor der politische Unwille ist, hat auch die neue Bundesregierung bereits bewiesen. Während Russland mindestens 100.000 Soldaten an den Grenzen zur Ukraine zusammengezogen hat, liefert die größte europäische Volkswirtschaft 5.000 Militärhelme nach Kiew. Schade liebe Bundesregierung. Chance vertan. Wer international als Garant für Frieden, Freiheit und Menschenrechte wahrgenommen werden will, darf in kritischen Situationen nicht bloß Helme senden. Er muss unmissverständlich klar machen,

dass internationale Regelungen und Vereinbarungen für alle Staaten gelten.

Falsch verstandene Nachhaltigkeit und Beschaffungs-Klein-Klein

Doch fehlender politischer Wille ist nicht der einzige Stolperstein auf dem Weg zu einer „echten“ gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Josep Borell, der Außenbeauftragte der EU, will mit seinem kürzlich vorgelegten Entwurf eines „strategischen Kompass“ weg von einer Union, die ihren Einfluss rein über „soft power“ geltend macht. Unter anderem sollen die bisher eher schleppend laufenden gemeinsamen Rüstungsprojekte ausgebaut werden. Doch hier kommt leider die Vermutung auf, dass sich innerhalb der Brüsseler Bürokratie keine gemeinsame Linie entwickelt hat.

Das hierfür beste Beispiel hat nicht viel mit Verteidigungspolitik im engeren Sinne, sondern mit einem anderen zentralen Thema der Kommission zu tun. Aktuell fehlen die Brüsseler Beamten am Taxonomie-Regelwerk, das die Nachhaltigkeitskriterien für Investitionen regeln soll. Bislang werden Investitionen in den Rüstungsbereich nicht als nachhaltig eingestuft - mit dramatischen Folgen. Prognostiziert wird eine signifikante Abnahme des Investitionsvolumens in die europäische Rüstungsindustrie. Verteidigungspolitische Souveränität ist damit keine Frage mehr, deren Antwort im politischen Willen zu verorten ist - ohne eigene Ausrüstung und Material stellt sie sich nicht einmal. Vielleicht müsste man unseren Brüsseler Parlamentariern auch einmal die Frage stellen, welche Investition denn nachhaltiger ist, als diejenige in die Friedenswahrung. Wer verteidigungspolitisch souverän sein möchte, muss dies auch in seine gesamtwirtschaftlichen Überlegungen miteinbeziehen.

Denn eine starke europäische Rüstungsindustrie und gemeinsame Rüstungsprojekte bringen weit mehr als wirtschaftliche Wertschöpfung: Wenn Soldaten unterschiedlichster Nationen die gleiche Ausrüstung benutzen und gleiches Material beschaffen, können sie gemeinsame Abläufe entwickeln. Gemeinsame multinationale Übungen werden damit von der Ausnahme zur Regel - Projekte wie das Eurocorps und die Deutsch-Französische Brigade von den Leuchtturmprojekten zum Normalfall. Materielle Interkompatibilität muss auf dem Weg zur Europäischen Armee eine essenzielle Rolle in der Beschaffungspolitik spielen.

Ein nadelloser Kompass oder welche Schritte jetzt gegangen werden müssen

Interkompatibilität ist aber an noch ganz anderer Stelle von Bedeutung. Charakterbil-

dend für eine Armee ist neben ihrem Material allen voran ihre strategische Doktrin. In Europa treffen insbesondere die französische Nationaltradition der Militärexpeditionen auf deutsche Bündnistradition. Die Frage, wie weit die außen- und verteidigungspolitische Verantwortung der eigenen Streitkräfte reicht, unterliegt extremen Schwankungen, wie auch die national divergierende Wahrnehmung militärischer Interventionen zeigt.

Die Union hat sich in einem ersten Entwurf des „Strategischen Kompass“ dieser Thematik gewidmet, um einen Konsens der EU-Staaten im Handlungsfeld Sicherheit und Verteidigung herzustellen. Wer sich aber ein tatsächlich „strategisches“ Papier inklusive Ziele und Mittel erhoffte, wurde enttäuscht.

Welche Rolle soll die EU zwischen den Supermächten USA, Russland und China einnehmen? Wie soll das Verhältnis zwischen NATO und EU aussehen? Wie weit reicht der europäische Sicherheitsanspruch - sind die globalen Interessen auch mit einem Anspruch an globale autonome Handlungsfähigkeit gleichzusetzen?

Ohne eine derartige gemeinsame Strategie, dürfte jeder Schritt in Richtung europäischer Streitkräfte hinfällig sein - es bleibt zu hoffen, dass diesem „Kompass“ neben einer echten Strategie auch eine vernünftige Einordnung seiner ziellozen Nadel verpasst wird.

Europa ist der Garant für das Privileg unseres historisch einzigartigen Friedens. Europa ist nicht mehr und nicht weniger als der Wille und das Engagement seiner Mitgliedsstaaten. Es wird Zeit, dass Deutschland dieser bedingten Abwehrbereitschaft eine Absage erteilt.



TEXT: KERRY HOPPE (20)

studiert in München Jura. Nach einem Freiwilligen Wehrdienst macht die gebürtige Buxtehuderin nun nebenbei eine Ausbildung zur Reserveoffizierin bei der Luftwaffe. Sie ist Stellv.

Landesvorsitzende der JuLis Bayern. Ihr erreicht Sie unter Kerry.hoppe@julibayern.de.



JANNIK JÜRSS (26)

studiert Jura mit dem Schwerpunkt Völker- und Europarecht an der Uni Bayreuth. Seit 2014 engagiert er sich im Bereich politische Jugendbildung im Kontext der Vereinten Nationen. Er ist Stellv. Landesvor-

sitzender der JuLis Bayern und -im Gegensatz zu Kerry- wirklich Norddeutscher. Ihr erreicht ihn unter jannik.juerss@julibayern.de.



Die EU und der Brexit

Der Brexit hat die europäische Geschichte geprägt und definierte die Maxime des Euroskeptizismus erstmals neu, als sich Großbritannien von der Europäischen Union abspaltete. Was waren seine Auswirkungen auf den europäischen Arbeitsmarkt und Lieferketten?

In den letzten Jahren wird die EU unter anderem von Wirtschafts- oder auch Flüchtlingskrisen geprägt. In diesem Vakuum der Zuverlässigkeit glaubt: „Kaum jemand [...] noch an das bisherige „Weiter so!“,“ nach Jürgen Kalb - wodurch im Einklang mit den euroskeptischen Sorgen rund um die nationale Unabhängigkeit, Integration und Identität der damalige britische Regierungschef David Cameron im Juni 2016 über den Brexit abstimmen ließ. Die Skepsis gegenüber der europäischen

Integration und dem Grundsatzprinzip der Vertiefung politischer Zusammenarbeit auf supranationaler Ebene knickte den Stolz der Briten. Während in der EU, Entscheidungen in Absprache mit anderen Nationen gefällt werden, verblieben die Bürger Großbritanniens mit dem Gefühl von der europäischen Gesetzgebung und den europäischen Politikern übergangen zu werden - was den Willen zur Unabhängigkeit befeuert haben sollte. Bei der Abstimmung, lagen dann wohl die Vorteile der Globalisierung brach und die jungen Briten welche in geringen Zahlen ihr liberales Wahlrecht nicht wahrgenommen haben, müssen nun als Studenten zum Beispiel mit erhöhten Studiengebühren, Visakosten und bürokrati-

schen Aufwand leben. In einer Ironie der Geschichte, muss sich der größte Teil der Befürworter des Brexits, welche sich im mittleren bis hohen Alter befinden, nun mit der Versorgungskrise herumschlagen. Numerisch betrachtet, haben beim Referendum 51,9 % für den Brexit gestimmt. Dahingehend haben die über 65-Jährigen mit 63 % für den Brexit und die 18- bis 24-Jährigen mit 80 % gegen den Brexit gestimmt. Letztendlich wurde dann, mit dem Handelsabkommen vom 1. Januar. 2021, die Trennung vom europäischen Binnenmarkt vereinbart.

Die Europäische Union muss über einen europaweiten, humanitär angemessenen Mindestlohn für Lastkraftfahrern und andere Berufsgruppen nachdenken

VERSORGUNGSKRISE UND ARBEITSSKLAVERN

Einhergehend mit dem Brexit ist die Lieferkette der gesamten Produktion gestört. Es beginnt schlicht bei der Viehhaltung, wobei Schlachter fehlen - Lastkraftwagenfahrer für den Transport von Lebensmitteln und Kraftstoff, als auch Kellner sowie Köche in den Restaurants. Während der Covid-Pandemie sind osteuropäische Arbeitskräfte, meist aus dem Niedriglohnssektor stammend, nach Hause gefahren und konnten dann im Zuge des Brexits nur mit einem Arbeitsvisum zurückreisen. Dies jedoch nur unter bestimmten Voraussetzungen und hohen Bearbeitungskosten für die britischen Behörden.

Auch wenn nun die britische Regierung auf billige ausländische Arbeitskräfte verzichten will, löst das spontan nicht die entstandenen Probleme. Nach Schätzungen fehlen rund 100.000 Lastkraftwagenfahrer. Nun muss das Militär aushelfen und bei verzweifelten Aktionen zur Anwerbung ausländischer Fahrer nimmt nur ein Bruchteil das Angebot an. Dies führt wiederum dazu, dass die noch vorhandenen Fahrer massiv Überstunden machen müssen, während zeitgleich der Onlinehandel boomt.

Die Umstände sind jedoch arbeitsrechtlich schon lange problematisch. Die meisten arbeiten unter dem Mindestlohn und hausen über Monate hinweg in ihrem LKW. Beispielhaft dafür ist ein Mann, welcher der Tageschau berichtete, dass er in einer Arbeitsperiode 3 Monate lang in seinem LKW wohnte und 60 Euro am Tag verdiente. Die meisten kommen hierbei aus Belarus oder der Ukraine und haben keine andere Wahl, da Perspektiven fehlen. Selbst in Deutschland fahren Osteuropäer unter dem Mindestlohn, indem sie bei einer litauisch-polnischen Speditionsfirma angestellt sind und folglich illegal auch nur den litauischen Lohn beziehen. Diese Bedingungen müssen sich definitiv ändern, da nun auch in Deutschland ungefähr 80.000 Fahrer fehlen und zu wenige Neueinsteiger vorhanden sind. Die Europäische Union muss zukünftig die Arbeitsbedingungen ändern und alternativ über einen europaweiten, humanitär angemessenen Mindestlohn für Lastkraftfahrern und andere Berufsgruppen nachdenken, sodass sich die Versorgungsprobleme nicht weiter verschärfen.

DEXIT

Erinnert man sich an die Parlamentswahl 2021 in Deutschland, haben über 10 % der Gesamtbevölkerung die agitierende AFD gewählt. Eine euroskeptische Partei, welche den Austritt aus der EU fordert, mit welcher wir politisch und wirtschaftlich eng verbunden sind. Vor dem Hintergrund, wie sich Großbritannien nach dem Brexit entwickelt hat, sollte uns das allen als Europäer und Liberale zu denken geben, wie sich die Parteienlandschaft zukünftig entwickelt.



TEXT: VINCENT OEHME (18) studiert Politikwissenschaften im Bachelor an der Universität Mannheim. Er ist stellvertretender Delegierter für Bezirks- und Landesparteitage in der FDP und stellvertretender Vorsitzender der Jungen Liberalen Südamerika. Erreichbar unter vin_oehe06@web.de.

Das Parlamentsgebäude ist der Sitz des ungarischen Parlaments in Budapest.



Ungarn am Scheideweg

Ungarn stehen im April Parlamentswahlen bevor. Die jüngsten Entwicklungen lassen nach israelischem Vorbild einen Showdown zwischen der von Viktor Orbán geführten Fidesz und nahezu allen anderen Oppositionsparteien schließen. Die Ursache hierfür liegt, wie so oft in Ungarn, bei den rechtsstaatlichen Verhältnissen des osteuropäischen Staates und bildet dabei nur die Speerspitze dessen ab, was sich seit der Machtübernahme des Fidesz 2010 dort abspielt.

Ungarns Probleme mit der Rechtsstaatlichkeit sind nicht nur multidimensional, sondern auch ganzheitlich betrachtet viel grundlegender, als es die allgemeine Debatte abbildet. Nach der Machtübernahme 2010 setzte die Fidesz Verfassungs- und Gesetzesänderungen durch, die es ihr ermöglichen, die Kontrolle über die unabhängigen Institutionen des Landes zu konsolidieren. Grund genug, um auf einige dieser Phänomene einzugehen.

Beginnen wir mit dem Justizsystem des Landes. Die wahrgenommene Unabhängigkeit von Gerichten und Richtern ist in der Öffentlichkeit von 48 % im Kalenderjahr 2020 auf 40 % im Jahr 2021 gesunken. Damit setzt sich der Negativtrend der vergangenen fünf Jahre konsequent fort. Viel dramatischer ist die Lage jedoch hinsichtlich der Kúria, dem obersten Gerichtshof. Neue Vorschriften ermöglichen die Ernennung von Mitgliedern des Verfas-

sungsgerichts zur Kúria außerhalb der üblichen Vorgehensweise und öffnen damit Tür und Tor für politische Einflussnahme.

Auch in Bezug auf die Korruptionsbekämpfung sind die staatlichen Bestrebungen womöglich bewusst nicht ausreichend. Es existiert zwar eine nationale und derzeit in der Umsetzung befindliche Strategie zur Korruptionsbekämpfung, die jedoch weite Teilbereiche außer Acht lässt. Unter anderem die Finanzierung politischer Parteien, Lobbyismus und der „Drehtüreffekt“, Risiken von Klientelismus, Günstlings- und Vetternwirtschaft auf der oberen Ebene der öffentlichen Verwaltung sowie Risiken, die sich aus der Verbindung zwischen Wirtschaft und Politik ergeben, wurden bislang nicht berücksichtigt. Interessant ist dabei auch, dass viele ungarische Korruptionsfälle vor Gericht gebracht werden, die Erfolgsbilanz insbesondere in Verfahren gegen hohe Beamte jedoch unterirdisch ist.

Auch der Medienpluralismus ist gefährdet. Allgemein treffen die zuständigen Re-

gulierungsbehörden zweifelhafte Entscheidungen in Anbetracht von Wirksamkeit und Unabhängigkeit. Die ungarische Regierung nutzte beispielsweise die COVID-19 bedingte finanzielle Notlage der nationalen Medien, um sie mit Werbung für die Regierung zu überschwemmen. Kritische Medien, die diese Werbung nicht verbreiten wollten, profitierten somit auch nicht von finanziellen Gegenleistungen des Staates.

Weiterhin wurden auch staatliche Informationen mit Pandemiebezug primär an regierungsfreundliche Einrichtungen weitergegeben, um kritische Stimmen zu behindern und in ihrer Marktposition zu schwächen. Dieses Beispiel ist nur eines von vielen, bei denen unabhängige Medien und Journalisten Behinderungen und Einschüchterungen ausgesetzt sind. Ähnliches trifft auch auf regierungskritische NGOs zu. Der Druck auf sie bleibt bestehen, während private Initiativen gegründet werden, die beträchtliche öffentliche Mittel erhalten und von Vorstandsmitgliedern verwaltet werden, die der derzeitigen Regierung nahestehen.

All diese Entwicklungen verdeutlichen die demokratische Schiefelage Ungarns. Insbesondere die Bestrebungen der ungarischen Regierung, die Unabhängigkeit der Justiz zu schwächen, wiegt schwer auf den Schultern demokratischer Grundprinzipien. Gleichzeitig sollte jedoch die EU grade im Hinblick auf die anstehende heiße Phase des Wahlkampfs nicht über jedes Stöckchen springen, das ihr von Victor Orbán vorgehalten wird. Eine zu große Spannung auf dem Verhältnis zwischen Ungarn und der Kommission hätte möglicherweise zur Folge, was man in der Politikwissenschaft „The Rally Around the Flag Effect“ nennt, bei dem sich die Bevölkerung in Anbetracht einer Krise hinter den aktuellen Machthaber stellt. Viktor Orbán hat in der Vergangenheit bereits bewiesen, dass er es versteht, das „Blame Game“ zu spielen, bei dem Brüssel die Schuld für alle negativen Entwicklungen im Land zugesprochen werden.

Wenn die gemeinsame Kandidatur der sechs Oppositionsparteien im April erfolgreich sein soll, um dem Fidesz-Spuk ein Ende zu setzen, täte die EU gut daran, den Bogen gegenüber Ungarn nicht zu überspannen.



TEXT: LOUIS FUHRMANN (25) schreibt derzeit seine Masterarbeit in Politikwissenschaft an der WWU Münster und arbeitet parallel in der Pressestelle der FDP-Bundestagsfraktion. Ihr erreicht ihn unter LouisFuhrmann@gmx.de

LouisFuhrmann@gmx.de



Der Warschauer Präsidentenpalast in der Krakauer Vorstadt am Königsweg in Warschau.

Grenzen setzen

Polens Spiel mit den Regeln der Demokratie

„Mitgliedsland der EU kann ein Land nur sein, wenn es sich an die Spielregeln der Demokratie hält.“ - Eine gängige Phrase, wenn es um Konflikte innerhalb der Europäischen Union geht. Eine Phrase, die die polnische Regierung dieser Tage wohl meint, überhört zu haben.

Nicht erst seit gestern steht der Polenkonflikt regelmäßig auf der Brüsseler Agenda. Als ein Land, das versucht, Regierungskritik mit Gesetzen zu unterbinden und Prinzipien geltenden EU-Rechts unter seine eigene Verfassung zu stellen. Doch wie weit darf ein EU-Land gehen?

MEINUNGSFREIHEIT? JA... ABER NEE.

Die Regierungskoalition rund um die konservative PiS-Partei des katholisch geprägten Landes überraschte nicht zum ersten (und sicherlich auch nicht zum letzten) Mal mit einem übergriffigen Gesetzesvorschlag, als sie Ende des vergangenen Jahres im Parlament ein neues Mediengesetz billigte. Ein Gesetz, das nur einem Zweck dienen sollte: Ausländische, regierungskritisch berichtende Medienkanäle zum Schweigen zu bringen. Und das nur noch durch ein Veto Präsident Dudas gestoppt

werden konnte. Vor diesem populären Hintergrund und im Zusammenspiel mit der polnischen Zensur, wenn es um Sexualaufklärung oder Abtreibungen geht, ist es nicht verwunderlich, dass zehntausende Demonstrierende mit Plakaten mit

Der konservative Parteiführer macht keinen Hehl daraus, sich am ungarischen Ministerpräsidenten Orban zu orientieren und Entscheidungen der Europäischen Union nicht zu respektieren.

Slogans wie „Freie Medien, freie Menschen, freies Polen“ auf die Straßen gehen. In einem Land, in dem man längst nicht mehr von unabhängigen Rechtsinstanzen sprechen kann. Einem Land, in dem homosexuelle Personen aus dem Südosten des Landes flüchten müssen, da sich dort ganze „LGBT-freie“ Regionen bereits seit 2019 dazu entschließen, ihre Existenzen für nichtig und unwürdig zu erklären. Meiner Meinung nach ist es daher nicht nur aufgrund des gewalttätigen Umgangs mit Migranten an der belarussischen Grenze verständlich, wenn Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen weltweit die polnischen Zustände als eine „humanitäre Katastrophe“ bezeichnen.

KACZYNSKI UND SEIN LANGER HEBEL.

Bereits als im Juni 2021 der rechtswidrige Verfassungsgerichtshof Polens die Festlegungen in den EU-Verträgen für unvereinbar mit der polnischen Verfassung erklärte, kam zurecht die Frage auf: Was muss passieren, damit Brüssel nachhaltig reagiert? Vertragsverletzungsverfahren und Zwangsgelder in Millionenhöhen reichen offenbar nicht aus, um Jaroslaw Kaczynski und seine national orientierte PiS in ihre Schranken zu weisen. Der konservative Parteiführer macht keinen Hehl daraus, sich am ungarischen Ministerpräsidenten Orban zu orientieren und Entscheidungen der Europäischen Union nicht zu respektieren. Hinter der rosaroten Propaganda, Polen, an christlichen Werten orientiert, neu und stark erstrahlen lassen zu wollen, steckt ein menschenunwürdiges System der Korruption, Zensur und Unterdrückung von Minderheiten, das internationale Kritik unter allen Umständen von den Ohren der Bevölkerung fernzuhalten sucht.

DIE EU IM ZWIESPALT

Wie sollte eine Staatenvereinigung zur gegenseitigen Unterstützung, aber auch Kontrolle, deren Prinzipien demokratisch-freiheitlichen Wertean unterliegen, nun mit einem solchen Land verfahren? Mit einem Land unter Kontrolle einer europakritischen, konservativen Regierung, das verhängte Strafen lediglich belächelnd ignoriert, doch im gleichen Atemzug eine stärkere europäische Repräsentation seiner Interessen fordert? Sicherlich, für einige scheint die Lösung klar: Ausschluss. Doch lässt man nicht damit die polnische Bevölkerung im Stich und der polnischen Regierung freies Spiel, Nachteile durch den Ausschluss hin oder her? Die EU muss als solche heute und in Zukunft verlässlich handeln und ihre Prinzipien und Grundlagen schützen und verbindlich deren Einhaltung durchsetzen können. Polen braucht Hilfe. Nicht nur angesichts der fortschreitenden „Orbanisierung“, von der immer häufiger die Rede ist, sondern in erster Linie, um der polnischen Bevölkerung – allem voran ihrer Jugend – wieder Perspektiven zu schaffen und ein Land, in dem sie ihre Zukunft sieht.



TEXT: RONNY SCHLEGEL (16) ist Abiturient in Thüringen und Chefredakteur der Schülerzeitung seines Gymnasiums. Da sich seine polnische Brieffreundin für Frauen- und ebenfalls LGBTQIA+-

Rechte in ihrem Land politisch engagiert, liegt ihm dieser Konflikt persönlich am Herzen. Ihr erreicht ihn unter schlegel.ronja2005@gmail.com

Ausschluss als letztes Mittel?

Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte sind die Grundsätze der Europäischen Union und auch die Unseren. Allerdings haben sich in den letzten Jahren einige Mitgliedsstaaten gegen diese Prinzipien gewandt. Wie konnte dies ohne Konsequenzen bleiben? Über welche Vergehen sprechen wir? Und wie sollte die EU darauf reagieren?



Als letztes Mittel braucht die EU ein Ausschlussrecht, um ihre Werte zu sichern und uneinsichtige Mitgliedsstaaten temporär oder final auszuschließen.

POLEN UND UNGARN UNTERGRABEN DIE GEWALTENTEILUNG

Die EU-Staaten haben sich die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit versprochen. Die Gewaltenteilung ist hierbei ein essenzieller Bestandteil. Ungarn und Polen sehen das offenbar anders, sie haben die Gewaltenteilung untergraben: Richter sind in diesen Ländern nicht mehr unabhängig von der Politik und können nicht ohne Einflussnahme richten und handeln. In Ungarn werden zum Beispiel die Richter von einem politischen Posten eingesetzt, befördert oder degradiert. Die Justiz wird so ein erweitertes Werkzeug des Staates und verliert die Kontrollfunktion über diesen.

Die Gerichte der Mitgliedsstaaten sind Institutionen, die dem EU-Recht auf nationaler Ebene Geltung verleihen. Die EU muss dementsprechend auf deren Unabhängigkeit bestehen und kann die Vorgänge in Ungarn und Polen nicht tolerieren.

SANKTIONSVERFAHREN ZUM SCHEITERN VERURTEILT

Es wurde bereits ein Vertragsverletzungsverfahren von der Europäischen Kommission gegen Polen und Ungarn eingeleitet. Solche Verfahren sind langwierig und tendenziell erfolglos, da die Regierungen von Ungarn und Polen bereits angekündigt haben, ein gegenseitiges Veto einzulegen. Die benötigte Einstimmigkeit zur Feststellung des Verfahrens im Europäischen Rat ist somit nahezu unerreichbar und das Sanktionierungsverfahren zu einer zahnlosen Androhung verkommen. In diesem Zusammenhang erscheint es besonders paradox,

dass ein Land, welches neu in die EU möchte, hohe Auflagen, Einstimmigkeit und die Werte der EU aufs Penibelste erfüllen muss. Sobald ein Land jedoch einmal Mitgliedsstaat ist, genießt es nahezu „Narrenfreiheit“, ohne direkte Konsequenzen fürchten zu müssen.

WIESO BRAUCHT DIE EU EIN AUSSCHLUSSRECHT?

2012 hat die EU als Friedensstifter den Friedensnobelpreis erhalten. Dabei zeichnete sich die EU durch ihre hohe Kompromissbereitschaft und ihren Zusammenhalt aus. Den Zusammenhalt dürfen wir jedoch nicht über den Verlust unserer Grundsätze stellen. Wenn Grundsätze und Werte wiederholt und massiv verletzt werden, muss die EU eingreifen.

Dafür braucht die EU effektivere Werkzeuge. Bereits bei der Feststellung einer Rechtsstaatlichkeitsverletzung gilt es, einiges zu ändern. Statt der bisher geforderten Einstimmigkeit sollte eine qualitative Mehrheit im Rat angestrebt werden, um die Handlungsfähigkeit zu bewahren. Als weitere Konsequenz sollten nach dem Entzug der Stimmrechte die Kürzungen oder Streichungen von EU-Mitteln stehen. Gerade Polen als größten Nettoempfänger in der EU würde eine Kürzung der Gelder stark treffen. Als letztes Mittel braucht die EU ein Ausschlussrecht, um ihre Werte zu sichern und uneinsichtige Mitgliedsstaaten temporär oder final auszuschließen. Ein erster richtiger Schritt ist bereits erfolgt, indem 2020 im neuen Haushaltsgesetz verabschiedet wurde, dass eine Inanspruchnahme der EU-Mittel an die Rechtsstaatlichkeit koppelt.

Die reine Existenz eines Ausschlussrechts hat hoffentlich eine ausreichend abschreckende Wirkung, um eine größere Kompromissbereitschaft der den Werten der EU abtrünnig gewordenen Mitgliedsstaaten herzustellen und sie zu erinnern, dass die EU nicht nur eine Wirtschafts-, sondern auch eine Werteunion ist!



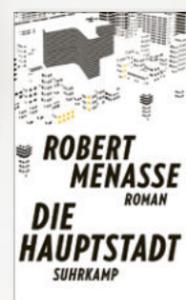
TEXT: RALF STÜBER (27) ist Start-up-Manager am Karlsruher Institut für Technologie, KIT und selbst Start-up-Gründer. Er steht für ewiges Lernen und die Offenheit für Neues. Viel Zeit

verbringt er im nahen Elsass und somit liegt ihm die EU besonders am Herzen. Ralf ist stellvertretender Vorsitzender des neu gegründeten JuLi-Kreisverbandes Landau. In seiner Freizeit fährt er für Horses and Heroes, die fantastische Pferdeshow, den Ponystreitwagen oder stürzt sich als Gladiator ins Gefecht. Ihr erreicht ihn unter ralf.stueber@julius.de

WENN MONTY PYTHON ÜBER DIE

EU SCHR EIBT

„Die Hauptstadt“
von Robert Menasse



ROBERT MENASSE – DIE HAUPTSTADT
Suhrkamp
Verlag,
Berlin 2017
ISBN
9783518427583
Gebunden,
459 Seiten,
24,00 EUR

Das
Lesezeichen
Jede Ausgabe
eine neue
Buchrezension



S

achbücher, die sich mit Politik befassen, finden wir wie Sand am Meer. Meistens lesen sie sich wie die besten Thriller – Robin Alexander kann sich hier angesprochen fühlen! Dahingegen gibt es nur wenige fiktionale Bücher, die sich dem Thema Politik widmen.

Dabei bieten Romane, anders als Sachbücher, die Chance, Zwischentöne und Nuancen einzufangen und komplexe Systeme anders zu vermitteln. Also perfekt für das Thema EU! Doch ist Unterhaltung so überhaupt möglich? „Ja“, meint Robert Menasse und legte 2017 seinen Roman „Die Hauptstadt“ vor, für den er direkt den Deutschen Buchpreis erhielt.

Worum geht es: Vor uns liegt ein Knäuel an Geschichtsfäden, die Menasse in unterschiedlichster Dichte aufrollt. Wie wichtig und relevant einzelne Geschichten jeweils sind, liegt vollkommen beim Leser. Allein das bietet Stoff für zahlreiche Gespräche. Für mich persönlich stechen drei Figuren heraus: Martin Susman, Sohn eines österreichischen Schweinebauern, dessen Bruder Schweine-lobbyist ist, während er selbst „nur“ Referent

in der eher unbedeutenden Generaldirektion Kultur der EU-Kommission ist. Er zeigt den tristen Alltag der Politik, bei dem man angetreten ist, die Welt ein Stück besser zu machen und an der Bürokratie scheitert. Seine Vorgesetzte, die Zypriotin Fenia Xenopoulou, zeigt, dass wichtige Teile der Welt zu Europa gehören, deren Bedeutung für uns allerdings nicht fassbar ist. Besonders dann, wenn Fenia dazu aufgefordert wird, sich einen griechischen Pass für bessere Karrierechancen ausstellen zu lassen. Zuletzt der Wiener Historiker Alois Erhardt, der sich bei einem Thinktank zur Zukunft Europas befindet – zwischen jungen Consultant-Typen, die mit Buzzwords um sich schlagen, wirkt er völlig deplatziert und führt letztendlich zum Höhepunkt des Romans: eine Brandrede für Europa.

Verbunden werden alle Figuren – auch die hier nicht erwähnten – nicht nur durch die Stadt Brüssel oder die EU, sondern besonders durch ein immer wiederkehrendes Tier: ein Schwein. Einerseits ein frei laufendes, das schlichtweg ausgebüxt ist, andererseits auch durch den Protestzug der Schweinebauern in Brüssel, die gegen neue Maßnahmen demonstrieren.

Für Menasse selbst ist das Schwein ein mit sämtlichen Konnotationen belegtes Symbol: Es steht für Positives wie das Glücksschwein oder für Beleidigendes: Von der Drecksau, zum Nazischwein bis hin zur Judensau nutzt der Autor alle. Letztendlich wird die Einordnung dieses Symbols im Roman jedoch dem Leser selbst überlassen.

Zwischen fantastischen Fragen wie: „Kann es Schuldige geben, wenn jeder nur seine Pflicht tut?“ ist dieses verbindende Element wichtig, für Absurditäten, die Dürrenmatt nicht hätte besser wählen können. Nur so erdrückt das durchaus komplexe Geflecht aus Geschichten und gesellschaftspolitischen Fragen den Leser nicht vollkommen. Der Roman ist wie Europa: vielschichtig, mehrdimensional und diskussionswürdig. Wer bisher noch keinen Zugang zur EU hatte, bekommt ihn hier.



TEXT:
SANDRA DROSSEL-BÜCK
(34) betreibt mit Barbara Eggers den Blog @Lesetherapie auf Instagram. Du erreichst sie unter sbueck@googlemail.com

ZEIT ZU HANDELN

Svenja Hahn

Mitglied des Europäischen Parlaments

Freihandel ist die Grundlage unseres europäischen Wohlstands und eine echte Chance für Aufstieg und Teilhabe für viele unserer Partnerländer. Eine kluge Handelspolitik kann die EU zudem zu einem Innovationsstandort für Digitalisierung und Künstliche Intelligenz machen. Deshalb steht der Freihandel im Fokus meiner Arbeit im Europäischen Parlament und der liberalen Renew Europe Fraktion. Mit einer wertebasierten und fairen Freihandelspolitik kann die EU die Welt mitgestalten, Menschenrechte stärken und die Umwelt schützen. Das bietet jungen Europäer:innen die Perspektiven, die sie heute brauchen.

@svenja_ilona_hahn
/svenjahahnfdp
/svenja_hahn



renew
europe.

ABONNIERE MEINEN
NEWSLETTER:



JUNG+LIBERAL 01/2022



Impressum

jung+liberal ist das Mitgliedermagazin des Bundesverbandes der Jungen Liberalen. Es erscheint viermal jährlich. Zu beziehen ist jung+liberal per Abonnement, Mitglieder der Jungen Liberalen erhalten das Magazin automatisch im Rahmen ihrer Mitgliedschaft. jung+liberal wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Herausgeber:

Bundesverband Junge Liberale e.V.
Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin
Telefon: (030) 680 78 55-0
Telefax: (030) 680 78 55-22
E-Mail: info@julius.de

Chefredaktion (V.i.S.d.P):
Leonard Kern-Wagner (kern-wagner@julius.de)

AutorInnen: Leana Barac, Jonas Böhm, Sandra Drossel-Bück, Louis Fuhrmann, Kerry Hoppe, Phil Hackemann, Torben Hundsdörfer, Jannik Jürß, Luis Lambert, Vincent Oehme, Ronja Schlegel, Lucas van Stephoudt, Ralf Stüber, Stefanie Unbehauen

Interviewgast: Torsten Körner

Auflage: 12.500 Exemplare
Gestaltung: Sebastian Ritschel

Mit dem Namen des Autors versehene Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht. Belegexemplar erbeten. Für unverlangt eingesandte Fotos und Manuskripte übernehmen wir keine Haftung. Meinungsbeiträge, insbesondere von Gastautoren im Rahmen der Manöverkritik, werden weder inhaltlich noch redaktionell, lediglich auf Rechtschreibung, überarbeitet. Bei Fragen zur Ausgabe, für eine Aufnahme in den Autorenverteiler, bezüglich Leserbriefe und Blattkritik bitte einfach eine E-Mail an kern-wagner@julius.de schicken.

Bildnachweise

© JuLis/privat, Berlin
Titelfoto: AdobeStock
Illustrationen und Fotos: unsplash.com: S. 15, S. 16, S. 23, S. 35; Adobe Stock: S. 4 (2), S. 5, S. 16, S. 25, S. 28, S. 30, S. 31, S. 32

Dieses Magazin wird gefördert vom



FÜR UNSERE GESUNDHEIT

HAT **PHYSIOTHERAPEUT**
JAN HELFENDE HÄNDE.

WIR SAGEN DANKE.

Gemeinsam machen wir das deutsche
Gesundheitssystem jeden Tag zu einem der
besten der Welt. Mehr unter [pkv.de/jan](https://www.pkv.de/jan)



PKV

**IHRE PRIVATEN
KRANKENVERSICHERER**